

2010-12-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 27.10.2010

Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:45 Uhr	
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses Dessau	
Leitung der Sitzung:	Herr Dr. Exner	Stadtratsvorsitzender
	Herr Hoffmann	1. Stellvertreter
	Frau Storz	2. Stellvertreterin
Anwesend:	Soll: 50	Ist: 45

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto
Kolze, Jens

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Prof. Dr.

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Bönecke, Matthias
Schröter, Steffen

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch seinen Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit 40 Stadträte) fest.

- 2. Verpflichtungserklärung der Stadträtin Christa Müller entsprechend § 51 Abs. 2 der Gemeindeordnung**

Frau Christa Müller, nunmehr Mitglied der CDU-Fraktion, gab ihre Verpflichtungserklärung entsprechend § 51 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt ab.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorgeschlagenen Tagesordnung wurde die Änderung der Reihenfolge der Behandlung der Punkte 8.4 und 8.5 bekannt gegeben. Somit wird zunächst 8.5 - Kalkulation der Abfallgebühren - und im Anschluss daran TOP 8.4 - Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - beraten und beschlossen.

Weitere Änderungsvorschläge gab es nicht.

Die Tagesordnung in der geänderten Form wurde einstimmig angenommen.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Eingangs verwies **Herr OB Koschig** auf die **Internationale Bauausstellung Stadtbau Sachsen-Anhalt 2010** und die einzelnen Schwerpunkte in der Stadt. Er hatte die Gelegenheit, den Beitrag der Stadt auf der Abschlusskonferenz der IBA vor einem breiten Fachpublikum vorzustellen. Mit einem Festakt endete am 16. Oktober die IBA offiziell.

Am nächsten Tage trafen sich nochmals viele Akteure unseres Stadtbbaus zur festlichen Finissage im Alten Theater. Herr Koschig konnte eine ausnehmend gute Bilanz ziehen und anschließend gemeinsam mit Mitarbeitern dieses Hauses, denen er an dieser Stelle herzlich dankte, die Paten unseres Landschaftszuges auszeichnen. Besonders die Resonanz des Fachpublikums war sehr groß. Unser Beitrag fand viel Lob und Anerkennung. Unbestrittener Höhepunkt war die Verleihung des Architekturpreises des Landes Sachsen-Anhalt am 15. Oktober in der Moritzburg in Halle.

Unser Landschaftszug erhielt eine von fünf vergebenen Auszeichnungen. Nun gilt es, den Stadtbau fortzusetzen, wir wollen uns um die Anerkennung als Stadtbau-Modellstadt bemühen, die wir eigentlich schon lange sind. Dazu bedarf es mindestens des gleichen Engagements aus Rat, Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung wie in den vergangenen 10 Jahren. Um dieses Mittun bat Herr OB Koschig alle, da wir eines Tages daran gemessen werden, wie wir die Herausforderung unserer Zeit gemeistert haben, die Herausforderung des demografischen Wandels.

In der heutigen Sitzung werden mehrere Themen behandelt, so fuhr Herr Koschig fort, die uns das ganze Jahr und teilweise schon viel länger beschäftigen. Er erinnerte an das Meisterhausensemble, wobei sich hier die öffentliche Diskussion noch in Grenzen hielt und sich auf einen Fachexpertendiskurs beschränkte. Das Vorhaben eines **Besucher- und Ausstellungszentrums am Bauhaus** erhitze und erhitze nun schon arg die Gemüter. Natürlich sei eine Debatte über ein solches Vorhaben selbst, wie auch seines möglichen Standortes gut und wichtig, sie müsse aber auch angemessen geführt werden. Der Stadtrat hat sich diese Zeit genommen und s. E. war es gut, die Standortuntersuchung zu erweitern und noch weitere Bedenkzeit zu geben. Es gab viele Gesprächsrunden, Abstimmungen, eine ausgezeichnete Podiumsdiskussion im Bauhaus und schließlich die heutige Ratssitzung vorbereitende gemeinsame Sitzung des Wirtschafts- und des Bauausschusses. Beide befassen sich demokratisch legitimiert, intensiv und auch sehr professionell mit den Themen der Stadtentwicklung. Dass deren Voten am Ende nicht jedermanns Geschmack oder Meinung treffen, liegt im Wesen

unserer pluralen Gesellschaft, deren Auftrag es ist, dass die dazu Legitimierten, also hier unser Rat, in Kürze der Stiftungsrat unseres Bauhauses, eine Entscheidung treffen. Dies haben die beiden Ausschüsse am 20. Oktober auch in überzeugender Weise getan.

Herr Koschig bemerkte, er müsse sich allerdings auch fragen, welche Legitimation haben die Autoren des **offenen Briefes**, über den die Mitteldeutschen Zeitung am 23. Oktober 2010 unter dem Titel „Neuer Vorstoß für **Zentrum am Schlossplatz**“ berichtete. Den Brief kenne Herr Koschig nicht, er habe die Verwaltung bis heute nicht erreicht. Ein Offener Brief brauche s. E. einen Adressaten und dieser müsse das Recht haben, diesen Brief zu erhalten. Die Forderung, das Zentrum zu stärken, dürfe uns hier alle einen. Der Artikel endete mit einem Zitat aus jenem Brief: „Es braucht eine Lösung für den Schlossplatz, für die Innenstadt.“ Dem könne Herr Koschig nur zustimmen, weshalb man auch am Masterplan Innenstadt arbeitet. Wie sicherlich alle wissen, halte er sehr viel von ehrenamtlichem Engagement, doch verwies er darauf, dass es sich bei dem Projekt, das am Schlossplatz entstehen und zweifellos der Belebung der Innenstadt dienen soll, um eine freiwillige Leistung handelt, zu der die Stadt momentan nicht in der Lage ist und deshalb ihre Prioritäten noch nuancierter setzen muss. Und dies eben zu Gunsten unseres ganz besonderen Alleinstellungsmerkmals.

Freiwillige Leistungen müssen nicht von der Stadt oder vom Staat erbracht werden, sie können auch von Dritten übernommen werden, was in vielen Fällen vom Staat als förderwürdig anerkannt wird. Er begrüße deshalb das Engagement der Autoren des Briefes und möchte sie einladen, nicht nur über den Schlossplatz zu reden, sondern die Dinge auch selbst in die Hand zu nehmen, als in die Kernkompetenz des Stadtrates hineinzureden. An unserer Unterstützung dieses Vorhabens soll es nicht mangeln. Herr Koschig merkte noch an, dass einer der Autoren u. a. für sein Engagement bei der Entwicklung des Schlossplatzes sogar das Bundesverdienstkreuz bekommen hat. Engagement hat etwas mit Tun zu tun.

Herr Koschig erklärte, es war ihm wichtig, dies selbst anzusprechen und an unsere Aufgaben und Verantwortung als auch an unsere demokratische Legitimation zu erinnern. Branchenvertreter können von Tausenden legitimiert sein, vom Volk sind nur wir es.

Seinen Bericht fortsetzend, kam Herr OB Koschig auf das **Programm „Soziale Stadt“** zu sprechen. Wie in einer seinerzeitigen Aktualen Stunde berichtet, finden Abstimmungen zwischen den beiden Fachdezernaten statt. Seit 30. September liegt dem Sozialdezernat die aussagefähige Zuarbeit von Dez. VI zur Abstimmung zwischen den beiden Beigeordneten vor. Die Unterlagen gehen daraufhin in die Ämterrunde und dann wiederum zur Befassung in den politischen Raum. Gleiches gilt für die Sozialplanung, die im November in den politischen Raum gehen soll.

Zum Thema **Kindertagesstätte „Mosigkauer Schlosskinder“** kommend, informierte Herr Koschig, die Kosten pro Betreuungsplatz für diese Maßnahme übersteigen derzeit die vergleichbaren Kosten einer kommunalen Maßnahme in einem beträchtlichen Maße. Deshalb wurde der Träger der Einrichtung nochmals aufgefordert, die Maßnahme auf mögliche Einsparpotenziale zu untersuchen. Die vom Träger nun ausgewiesenen Einsparungen in Höhe von 42 T€ wurden in die Beschlussvorlage eingearbeitet, die nun über die OB-Dienstberatung am 8. November in den Finanzausschuss am 11. November, am 16.11. in den Jugendhilfeausschuss, 17.11. Bauausschuss geht und

am 8.12. zur Beschlussfassung im Stadtrat vorgelegt werden kann. Der Bauzeitenplan des Trägers sieht den Baubeginn sogar schon für Januar 2011 vor.

Schulen

Am 30. September 2010 fand die feierliche Einführung der Bildungskonferenz und des Beirates von „Lernen vor Ort“ Dessau-Roßlau im Anhaltischen Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ Dessau statt.

Der Ehrenbürger Dieter Hallervorden nutzte seinen Besuch in der Stadt Dessau-Roßlau am 28. September 2010, um sich die sanierte Turnhalle der „Regenbogenschule“ anzusehen, woran er sich mit einer Spendenaktion großzügig beteiligt hatte. Die Schüler bedankten sich mit einem kleinen Programm recht herzlich bei ihm. Ebenfalls gratulierten wir ihm nachträglich anlässlich seines runden Geburtstages.

Die Sekundarschule „Am Rathaus“ wurde am 14. Oktober 2010 durch eine 17-köpfige Japanische Delegation besucht. Diese Studienreise wurde durch das japanische Kultusministerium organisiert und soll helfen, Erkenntnisse zu sammeln, um den Schulalltag in Japan zu verbessern und moderner zu machen.

Soziales

Das Land Sachsen-Anhalt hat Ende des Jahres 2009 ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern (Kinderschutzgesetz) geschaffen und in Kraft gesetzt. In Umsetzung des Gesetzes hat am 22.09.2010 in Dessau-Roßlau ein „Fachtag zum Aufbau lokaler Netzwerke zur Förderung von Kindeswohl und Kindergesundheit“ stattgefunden. Dabei sind das Vorhaben und die bisherigen Schritte in der Stadt Dessau-Roßlau vorgestellt worden. Dazu gehört z. B.

- die Bildung eines Teams Kinderschutz mit vier konkret benannten Mitarbeiterinnen,
- es wurde zur Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Verbesserung des Kinderschutzes und zur Intensivierung von Zusammenarbeit aufgerufen
- sowie zur aktiven Mitwirkung im lokalen Netzwerk motiviert.

Es gab verschiedene Fachvorträge, wo von ca. 160 eingeladenen Personen ca. 100 anwesend waren, was den Rückschluss auf ein großes Interesse am Thema zulässt. Herr Koschig sprach an alle die Einladung zum Mittag aus und wünschte dem Lokalen Netzwerk eine erfolgreiche Arbeit.

Allgemeine Informationen

- Am 01. Oktober 2010 war Richtfest für den 5. Bauabschnitt des Städtischen Klinikums
- und am gleichen Tag gab Herr Koschig einen Empfang für eine Bürgerreise aus Ludwigshafen, die dann auch am 3. Oktober bei der Namensgebung des Platzes der Deutschen Einheit dabei war.
- Die Verleihung des Wilhelm-Müller-Preises des Landes Sachsen-Anhalt an Herrn Stefan Wackwitz fand am 9. Oktober 2010 im Georgium statt.
- Der 1. Anhaltische Tourismustag war am 21. Oktober in Köthen. Hier wurde das Zwischenergebnis der Potentialanalyse (vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit beauftragt) präsentiert. Es gibt positive Ansätze für die Region, etwas gemeinsam auf die Beine zu stellen, aber das Jubiläum ist noch nicht bei der Bevölkerung angekommen. Negativ musste festgestellt werden, dass Anhalt noch zu wenig bekannt ist, sowohl im eigenen Land als auch bundesweit. Die Öffentlichkeitsarbeit und Ver-

marktung des Jubiläums sollten vorrangiges Ziel sein. Wichtiges Ergebnis ist, dass die Marke „Anhalt“ touristisches Potenzial aufweist und es sich lohnt, diesen Weg weiter zu gehen.

- Am 21. Oktober hat Herr OB Koschig die Berufung der neuen Ausländerbeauftragten, Frau Theresa Karnatz, vorgenommen.
- Am 26. Oktober 2010 konnte das Jubiläum 75 Jahre Hafen Roßlau gefeiert werden. An der Festveranstaltung nahm Staatssekretär Pleye für die Landesregierung teil.
- Im Gemeindezentrum „Skt. Georgen“ war der Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt zusammengekommen. Hier hatten wir Gelegenheit, über die Situation unserer ausländischen Mitbürgerinnen und -bürger zu informieren.
- Am Morgen des gestrigen Tages wurde gemeinsam in Kleinkühnau das 15-jährige Jubiläum der Projektinitiative " Wir mit Euch" begangen. Wir wünschen der Initiative auch weiterhin viel Erfolg in ihrem Wirken.
- Heute fand eine Veranstaltung der Gewerkschaft Verdi unter dem Motto "Kommunen in Not" statt. Wir haben eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die dem Stadtrat zugestellt wird, wenn die Exemplare ausgefertigt sind.

Die Informationen zu den Baumaßnahmen sowie der Hochwasserbericht wurden als schriftliche Unterlagen ausgereicht.

Abschließend sprach Oberbürgermeister Koschig herzliche **Einladungen** aus

- zum Gedenken an die **Pogromnacht am 9. November**, 17.00 Uhr an der Stele in der Askanischen Straße (im Anschluss werden wir zur Friedensglocke und auch in die Marienkirche gehen);
- zu den **Kranzniederlegungen** anlässlich des **Volkstrauertages am 14. November** 2010, 11.00 Uhr in Roßlau auf dem Soldatenfriedhof und 11.30 Uhr auf dem Friedhof III in Dessau-Süd.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung des Stadtrates am 29.09.2010 wurden zwei Grundstücksangelegenheiten beschlossen, eine Erweiterung der Belastungsvollmacht und eine Vergabe in Erbbau-recht.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Zeitig, Geschäftsführer der Avendi-Seniorenservice GmbH, sprach als **Vertreter des Informellen Kreises Quartiersmanagement bzw. Stammtisch Johannis- und Theaterviertel**. Er bezog sich auf die Veranstaltung am 17. Oktober, welche der Oberbürgermeister in seinem Bericht erwähnt hatte und teilte mit, dass auch der genannte Stammtisch für die Unterstützung der Arbeit in der Stadt geehrt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Quartiersmanagement und Soziale Stadt gibt es nunmehr Planungen und Aktivitäten in der Stadt, die für sie nicht nachvollziehbar sind. Wie der OB sagte, ist die Beschlussvorlage vom 29.09. noch in den Ausschüssen zur Beratung. Die in der MZ am 25. Oktober erfolgte Veröffentlichung ist nun Anlass, sich hier zu Wort zu melden. Ihres Wissens habe die Stadt beschlossen, die Arbeit des Quartiersmanagements zu ändern und in einem Jahr zu evaluieren. Das setze zwangsläufig die Fort-

setzung der Tätigkeit des Quartiersmanagements voraus. Die Berichterstattung in der MZ löse nun andere Wahrnehmungen aus, nämlich dass dieser Ratsbeschluss nun nicht weiter verfolgt werde. Von Herrn Hantusch werden Äußerungen im Wirtschaftsausschuss wiedergegeben, dass man überlege, das Programm überhaupt noch sinnvoll weiter zu führen. Aus diesem Grunde stellte er folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass dieser Beschluss nicht zur Umsetzung kommt?
2. Wenn ja, wie soll aus Sicht der Verwaltung das Projekt Soziale Stadt ohne die koordinierende Leistung des Quartiersmanagements nachhaltig weitergeführt werden?
3. Wie ist diese Entscheidung dann mit Blick auf zahlreiche Absichtserklärungen der Verwaltung zur nachhaltigen Zukunftsorientierung z. B. in der Leitbilddiskussion oder zuletzt im Rahmen der Vernissage der IBA einzuordnen?

Seitens der Verwaltung führte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, aus, das Programm „Soziale Stadt“ impliziere eine Erwartungshaltung, die durch das Programm selbst nicht erfüllt werden kann. Es ist ein investives Programm, wozu das Land festgelegt hat, 90 % der Fördermittel sind investive Mittel und 10 % nicht investive Mittel. Das Quartiersmanagement gehört genau zu diesen 10 %. Das Programm „Soziale Stadt“ hat für uns nach wie vor eine Bedeutung, jedoch sei man in Dessau-Roßlau an einem Punkt angekommen, dass wir im Vorgriff auf mögliche Investitionen die nicht investiven Mittel erheblich überzeichnet haben. Wir sind jetzt bei einer Quote von 33 % nicht investive Mittel zu 67 % investive Mittel. Es besteht im Moment also ein Problem des Mittelabflusses im investiven Bereich. Dem Stadtrat sind die Gründe hierfür bekannt. Wir versuchen, so schnell als möglich den Auftrag des Stadtrates zu erfüllen. Vom Dezernat VI wurden viele Standorte untersucht und intensiv Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt und dies Ende September 2010 dem Sozialdezernat zur Beurteilung und weiteren Abstimmung mit uns, dem Dezernat VI, übergeben. An diesem Punkt des Prozesses befindet man sich. So lange wir im investiven Bereich nicht wissen, ob und welche Maßnahmen wir machen, können und müssen wir die nicht investiven Mittel zunächst ins Moratorium stellen.

Zur Verdeutlichung stellte Herr Hantusch nochmals dar, die Stadt hätte im Moment nicht investive Mittel ausgeben dürfen in Höhe von 100 T€, haben aber etwa 300 T€ ausgegeben. Wenn es also nicht zum Mittelabfluss im investiven Bereich kommt, müssen wir Fördermittel im nicht investiven Bereich zurückzahlen. Abgestimmt mit der Kämmerei wurde gesagt, dieses Risiko wollen wir nicht eingehen. Erst wenn es klar ist, ob und was wir machen, können wir im nicht investiven Bereich wieder tätig werden.

Im Auftrag des Vorstandes des **Vereins zur Förderung der Stadtkultur Dessau** meldete sich **Herr Dirk Haja** als stellvertretender Vorsitzender zu Wort. Er erinnerte an den Sommer 2010, in dem es zahlreiche Aufregungen um die Festfinanzierung in Dessau-Roßlau und deren unterschiedliche Handhabung in der Stadtverwaltung gab. Alle z. T. auch emotional geführten Diskussionen um die Entscheidung der vergleichsweise hohen und gar überdimensionalen Unterstützung des Roßlauer Schifferfestes verliefen letztlich im Sande. Nicht abschließend wurde die Tatsache geklärt, dass hier im Stadtrat zum Umgang mit diesen Stadtfesten ein Beschluss gefasst wurde, nämlich der zur Gleichbehandlung, der dann missachtet wurde.

Am 14. September kam es auf Einladung des Sozialdezernenten zu einer Beratung mit ausgewählten Vereinen, die sich um die Durchführung von Veranstaltungen in Dessau-Roßlau bemühen. Inhaltlich ging es im Wesentlichen um das Geld, welches seitens der

Stadt zur Verfügung oder auch nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Natürlich wurde auch gestritten und diskutiert. In dem 4 Wochen später versandten Ergebnisprotokoll war jedoch von all dem keine Rede mehr. Abgesehen davon, dass dieses Blatt (wurde durch Herrn Haja an die Fraktionen zur Kenntnisnahme verteilt) weder ein Logo der Stadt führte, noch eine Unterschrift trug, wurden wir als Vereine aufgefordert, binnen Wochenfrist eine Finanzplanung - eine mit Unterstützung der Stadt und eine ohne eine solche - für das nächste Jahr zu machen. Die angemessene Höhe sollte von jedem selbst eingeschätzt werden und war auch nicht definiert. Er frage nun, welches Recht der Dezernent oder die Stadtverwaltung haben, ein Konzept ohne finanzielle Beteiligung der Stadt zur Kenntnis zu bekommen, wenn es überhaupt machbar ist.

An dieser Stelle richtete Herr Haja auch die Frage an die Verwaltung, ob die in dem Ergebnisprotokoll genannten Festlegungen in den Ausschüssen bzw. im Kulturausschuss diskutiert oder beschlossen wurden. Seinem Verein sei dazu nichts bekannt, weshalb er bittet, dass diese Diskussion aufgenommen und die Festlegungen auch diskutiert werden. Wenn man den Umgang mit den in der Stadt durch Ehrenamt durchgeführten Veranstaltungen sieht, muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Mitglieder der Vereine immer häufiger die Frage stellen, ob die Motivation dafür überhaupt noch gegeben ist. Diese Frage wolle er heute an die Stadträte und die Stadtverwaltung weitergeben: Ist das Leopoldsfest als Stadtfest gewünscht, soll es weiter erhalten, angemessen finanziert und unterstützt und auch emotional begleitet werden?

Herr OB Koschig bedauerte, im Moment keine Beantwortung geben zu können, da sich Herr Dr. Raschpichler in seinem Jahresurlaub befindet. Er folge aber gern dem Vorschlag von Herrn Haja, dass dies auf die Tagesordnung des nächsten Kulturausschusses gesetzt wird, damit die Stadträte darüber diskutieren können und Herr Dr. Raschpichler ebenfalls dazu Stellung nehmen kann.

An den Beigeordneten Hantusch gewandt, erinnerte **Herr Peter Fischer, Bauhofstr. 5** in 06842 Dessau-Roßlau, an seine im Stadtrat am 29.09.2010 gestellte Anfrage, worauf er bisher keine Antwort erhalten habe. In der Frage ging es um die Nordumfahrung und ob den Mitgliedern des Bauausschusses Kenntnisse vorlagen zu Ausgleichsmaßnahmen im Zuge der OVP. **Herr Hantusch** bedauerte, dass er bisher keine Antwort erhielt und betonte, dass diese nunmehr erfolgen wird.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, so dass Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner die Einwohnerfragestunde schloss.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Göricke, Freie Wähler Dessau, bezog sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters, den Kindergarten Mosigkau betreffend. Er hatte gesagt, dass im Fall der Beschlussfassung im Dezember dann im Januar mit dem Bau begonnen werden könne. Dazu fragte Herr Göricke, ob der OB den Haushalt in der neuesten Fassung kenne, worin enthalten ist, dass der Kindergarten im Jahre 2010 für die Baumaßnahme 904 T€ bekommen soll, aber keine VE-Nummer hat. Da also keine Verpflichtungsermächtigung vorliegt, sei es nach Aussage von Frau Nußbeck so, dass im Jahre 2011 keine Mittel aus 2010 übernommen werden können und somit die Baumaßnahme Kindergarten Mosigkau nicht starten kann. Es müsse der Beschlussvorschlag vom 27.5. erneut vom Fa-

chamt eingebracht werden. Damit müsse die Ausführung von Herrn Koschig korrigiert werden, da die Maßnahme wieder in weite Ferne gerückt ist.

Er habe sich in seinen Ausführungen auf die Zuarbeit in Vorbereitung seines Berichtes bezogen, erwiderte **Herr OB Koschig**, wobei er davon ausgegangen war, dass es seine Richtigkeit hat.

Auf eine heute durch ihn ausgelegte Broschüre des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Thema „Leere Kassen vor Ort“ verwies **Herr Udo Gebhardt, SPD-Fraktion**. Hierin wurde versucht, Alternativen aufzuzeigen, wie man aus der kommunalen Finanznot herauskommen kann.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass Herr Giese-Rehm in einem MZ-Artikel den Eindruck vermittelt habe, dass er - Herr Otto - das Grundstück Wäschelei Richter für die Ostumgehung in seiner Amtszeit hätte kaufen können. Hierzu stellte Herr Otto richtig, dass er mit dem damaligen Kultusminister Harms und dem Landesdenkmalpfleger Voß eine Trasse ausgehandelt hat, die hinter der Villa der Rechtsanwaltskanzlei Graf mit Verschiebung des Deichtores verlief. Am Ende seiner Amtszeit sei hinter seinem Rücken vom damaligen Baudezernenten mit dem neuen Denkmalpfleger eine neue Trasse ausgehandelt worden und Herr Otto hatte noch im letzten Monat seiner Amtszeit versucht, in einer Anfangsdiskussion mit dem Landesamt diese Trasse wieder zurück zu holen. Für ihn war es nicht nachvollziehbar, Millionen umsonst auszugeben und ein Denkmal abzureißen. In Anbetracht all dessen hatte Herr Otto gar keine Veranlassung zum Kauf des fraglichen Grundstückes. Der Stadtrat sollte sich jedoch fragen, wieso Stadträte ihre Kenntnisse, die sie im Stadtrat vorzeitig bekommen, dazu nutzen, um Grundstücke zu erwerben.

Die Unterstellung, es sei Insiderwissen verwandt worden, wies **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zurück. Wenn das so wäre, müsse Herr Otto Anklage erheben, da es ein Tatbestand der strafrechtlichen Verfolgung ist. Wenn nicht, solle er es sein lassen. Richtig ist aber nach seiner Kenntnis, dass nie Einigkeit darüber bestand, wie die Trasse geführt wird. Verhandlungen wurden lange geführt und schon damals war die Rede davon, dass die von Herrn Otto vorgeschlagene Trasse nicht dort entlang geführt werden kann.

Den Worten von Herrn Zeitig aus der Einwohnerfragestunde schloss sich **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an und brachte ihre Enttäuschung zum Ausdruck. Auch sie sollte als Akteur im Zuge der IBA-Finissage geehrt werden und beobachte das Fortschreiten am Standort Heidestraße und des Programms „Soziale Stadt“. Im letzten Stadtrat wurde von der Verwaltung eine Vorlage übergeben, in der eindeutig stand, dass wir uns zu dem Programm bekennen und leicht modifiziert das Quartiersmanagement fortführen wollen. Nun würden im Bauausschuss andere Aussagen getroffen, indem von der Verwaltung der Beschluss blockiert wird. Persönlich frage sich Frau Grabner, was sie hier eigentlich mache. Aus diesem Grunde sei sie sehr traurig und stellte die Frage, ob es rechtens ist, wenn ein Beschluss des Stadtrates von der Verwaltung negiert wird. An der Stelle rief Frau Grabner ebenfalls die Fördergelder in Erinnerung, damit deutlich wird, worum es geht.

Für den Standort Heideschule würden ja investive Projekte gesucht und im März habe der Stadtrat beschlossen, dass ein Standortkonzept entwickelt werden soll. Mit dem

Protokoll wurde ein Zeitplan ausgereicht, wonach eigentlich heute ein Beschluss gefasst werden sollte. Aus diesem Grunde fragte Frau Grabner, an welcher Stelle sich die Verwaltung nach ihrem eigenen Zeitplan befindet. Des Weiteren beantragte Frau Grabner für die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen Akteneinsicht und fordere heute eine konkrete Antwort, wie es mit dem Quartiersmanagement und mit dem Programm „Soziale Stadt“ weitergehen soll.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner betonte, dass Beschlüsse des Stadtrates entsprechend der Beschlusslage umzusetzen sind, so lange diese Beschlüsse nicht in irgendeiner Form aufgehoben werden. Alles andere wäre Missachtung des Stadtrates.

Ergänzend merkte **Oberbürgermeister Koschig** an, an solches denke die Verwaltung überhaupt nicht. Natürlich arbeiten wir daran und er sei in seinem Bericht darauf eingegangen. Es gibt natürlich mehrere Probleme, 1. ist der nicht investive Teil überzeichnet, das hat Herr Hantusch ganz klar aufgezeichnet, 2. sind die Abstimmungen immer noch nicht beendet. Insofern sind wir außerhalb des Zeitplanes. Er hoffe, dass Herr Dr. Raschpichler seine Stellungnahmen dann bringen kann, damit die beiden Dezernenten sich abstimmen und die Vorlage in die Ämterrunde geben können. Das größte Problem besteht aber darin, dass wir keine Eigenmittel haben. Wir müssen hier zur Kenntnis nehmen, dass uns das Land Sachsen-Anhalt die Hälfte der Investitionsmittel gestrichen hat und uns damit Eigenmittel fehlen.

Wir sind weiter bei der Planung „Soziale Stadt“ und Herr Koschig sei persönlich sehr daran interessiert, dass wir in dem Programm bleiben. Jedoch sei eine äußerst schwierige Situation eingetreten.

Die Anfrage von Herrn Göricke veranlasste **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, folgende Nachfrage zu stellen. Mosigkau habe kein eigenes Ortsteilzentrum. Der Heimatverein und der Ortschaftsrat versuchten ein entsprechendes Areal zu finden und ein Zentrum zu entwickeln. Die in den letzten Tagen ihm zur Kenntnis gelangten Vorkommnisse um dieses Vorhaben ruft äußerstes Befremden bei Herrn Schönemann hervor. Er bitte, dass man zur eigentlichen Arbeit zurück findet. An Herrn OB Koschig richtete er die Bitte, ob es möglich sei, dass er persönlich dieses Problem zu einem Ende führt, eine Patenschaft oder Mediatorenrolle übernimmt. An Herrn Hantusch gewandt, äußerte er die Hoffnung, dass er ebenfalls einen entsprechenden Beitrag leistet. Was bisher in Mosigkau gelaufen ist, sei nicht hinzunehmen. Deshalb die Frage und Bitte an Herrn Oberbürgermeister und Herrn Hantusch, einen Beitrag zu leisten, um zu garantieren, dass das Projekt Mosigkau, Kindertagesstätte und Gemeindezentrum zu einem erfolgreichen Gelingen kommt.

Frau Beigeordnete Nußbeck meldete sich zu Wort, um eine Irritation auszuräumen. An Herrn Göricke gerichtet, erklärte sie, man sei im Gespräch von einer anderen Voraussetzung ausgegangen, nämlich dass hier Aufträge ausgelöst werden müssen. Man befinde sich hier aber im Zuschussbereich, d. h. wenn der Maßnahmebeschluss so wie geplant gefasst und in der Zeitschiene gesichert ist, erhält der Verein einen Bewilligungsbescheid, welcher uns wiederum berechtigt, einen Haushaltsausgabereinst zu bilden. Damit sind die Mittel vom 1.1. an im Jahr 2011 auch gesichert.

Nochmals für Herrn Giese-Rehm erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die derzeit gültigen Planungen der Stadt, die mit dem Landesamt abgestimmt sind, wur-

den im Bauausschuss vorgestellt. An den Bauausschusssitzungen nehme seine Fraktion in der Regel teil. Es sei also nicht so, dass Herr Giese-Rehm davon keine Kenntnis habe.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** teilte Frau Grabner mit, dass sich das Präsidium abgestimmt habe. Das Präsidium wird gemeinsam mit dem Oberbürgermeister prüfen, wie die Beschlussumsetzung erfolgt ist und darüber im nächsten Stadtrat berichten.

7. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes der Stadt Dessau-Roßlau 2010

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte zur Verfahrensweise an, zunächst zu 7.1 Erläuterungen vornehmen zu wollen und im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung der Punkte 7.2 und 7.3 zu den Tagesordnungspunkten 7.4 und 7.5 insgesamt in den Haushaltsplan einzuführen.

7.1 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung) Vorlage: DR/BV/390/2010/II-20

Frau Beigeordnete Nußbeck kam zunächst auf die bereits in den vergangenen Jahren geführte Diskussion über den Zeitpunkt der Anpassung des Stadtteils Roßlau an den Stadtteil Dessau dieser Satzung zu sprechen. Sie erinnerte daran, dass die Fusion nunmehr drei Jahre zurückliegt und man in weiten Teilen gut zusammengewachsen ist. Ihres Erachtens befördere es aber das weitere Zusammenwachsen nicht, wenn man immer nur das Trennende hervorhebt. Wenn man ein gemeinsames Ziel verfolgt, nämlich diese Stadt aufblühen zu lassen, dann trägt man eben auch Freud und Leid miteinander. Dieser Zeitpunkt sei nun am 1.1.2011 gekommen.

Heute wurden den Mitgliedern des Stadtrates zwei Rechenbeispiele übergeben, die theoretische Betrachtung, wie sich die Grundsteuern im Stadtteil Roßlau ab 1.1.2011, bezogen auf 5 verschiedene Varianten verändern werden. In der zweiten Tabelle kann verglichen werden, wie sich die Abfallgebühren im letzten Jahr entwickelt haben und weiter werden. Man sehe, dass das überkompensiert wird durch die Gebührensenkung bzw. durch die niedrigere Gebühr, die im Stadtteil Roßlau von 2007 an bereits gültig ist, im Vergleich zu der Gebühr, die die Stadt Roßlau gehabt hätte, wenn sie denn wie einmal vorgesehen, im Landkreis Bitterfeld gelegen hätte. Insofern sei es Frau Nußbeck wichtig zu sagen, es werde schon der Nutzen seit Jahren mitgenommen und man sei jetzt an dem Punkt, wo auch die Lasten mitgetragen werden sollen.

Neben dieser moralischen Begründung gebe es auch einen juristischen Aspekt, fuhr Frau Nußbeck fort, erstens gebe es das Kreisgebietsänderungsgesetz mit dem § 16, der ausdrücklich regelt, dass bis zum 31.12.2010 die Anpassung des Ortsrechts zu erfolgen hat. Herr Dreibrodthof führe in der Diskussion immer wieder an, dass dieser Paragraph nicht anwendbar wäre. Wenn das aber so wäre, wäre am 1.7.2007 unser komplettes Ortsrecht untergegangen. Dies ist nicht passiert, wir haben eine Erstreckungssatzung erlassen und wir haben uns 3 ½ Jahre Zeit gelassen. Somit wurde nach § 16 Kreisgebietsänderungsgesetz eine Erstreckung vollzogen, die nun zu Ende ist.

Zurückkommend auf den Fusionsvertrag verwies Frau Nußbeck auf die älteste ihr vorliegende Fassung vom April 2005, worin folgende Regelung enthalten ist: *„Das Ortsrecht der bisherigen Städte Dessau und Roßlau gilt über den Zeitpunkt des Zusammenschlusses hinaus weiter.“* - damals ging man davon aus, dass die Fusion zum 1.1.2006 erfolgen wird - *„Die Anpassung des Ortsrechtes und die Überarbeitung zu einem neuen gemeinsamen Ortsrecht der Stadt soll bis spätestens 31.12.2010 abgeschlossen sein.“* Dieses Datum stand also immer fest. Hieran habe niemand etwas im Fusionsvertrag geändert. Weiter heißt es: *„Dazu ist eine entsprechende Erstreckungssatzung bis spätestens 31.12.2006 durch den gemeinsamen Stadtrat der neu gebildeten Stadt zu erlassen.“* Im letzten Satz des Fusionsvertrages, § 8 Ortsrecht heißt es: *„Das gilt nicht, wenn für Teile durch gesetzliche Regelungen Anpassungen bzw. Veränderungen veranlasst werden müssen bzw. soweit nicht das bisherige Ortsrecht durch die Fusion gegenstandslos geworden ist.“* Das heißt, auch im Fusionsvertrag haben wir immer darauf abgehoben, dass möglicherweise auch der Gesetzgeber in diese Fristen eingreifen kann. Dies sollte bei der heutigen Entscheidung mit bedacht werden, schloss Frau Beigeordnete Nußbeck.

Das Wort wurde **Herrn Dreibrod, SPD-Fraktion**, erteilt. Dieser entgegnete zunächst an Frau Nußbeck gerichtet, sie gehe immer davon aus, dass das Gesetz es hergibt. Das ist aber nicht so. Das Kreisgebietsänderungsgesetz regelt nämlich nur die Angleichung des Kreisrechtes und nicht des Ortsrechtes. Diese Chance sollte genutzt werden.

Zu seinem Änderungsantrag, welcher dem Präsidium vorliegt, betonte Herr Dreibrod, dass dieser nicht ein Antrag der Fraktion, sondern der Antrag des Stadtrates Dreibrod ist. Er beantragte, die Hebesätze für den Stadtteil Roßlau für das Jahr 2011 nicht anzuheben und die Erstreckungssatzung demgemäß anzupassen. Die diesem Antrag beigelegte Begründung ist die des Vorjahres, sie ist ausführlich und beleuchtet die juristischen Aspekte, welche er hier nur kurz zusammenfasste:

1. Dessau-Roßlau muss kein angepasstes Ortsrecht schon nach 3 ½ Jahren haben.
2. Fünf Jahre, wie versprochen, können für die Anpassung des Ortsrechtes sehr wohl genutzt werden.
3. Das Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung ist so mangelhaft, dass die Stadt Dessau-Roßlau wenn erforderlich, mit sehr guten Aussichten auf Erfolg vor das Verwaltungsgericht ziehen kann.

Herr Dreibrod habe den Fusionsvertrag in der Fassung von vor und nach dem Bürgerentscheid mitgebracht. In beiden sind die fünf Jahre verankert und versprochen.

An die Mitglieder des Stadtrates gewandt, merkte Herr Dreibrod an, das Thema Hebesätze und Anpassung des Ortsrechtes ist allen bekannt. Jahrelang habe man sich davor „gedrückt“, die bei den Fusionsverhandlungen vereinbarte Steuernadenfrist für die Roßlauer von fünf Jahren einzuhalten oder nicht. Heute könne man die Entscheidung nicht mehr hinausschieben und müsse sich bekennen. Die meisten Stadträte im heutigen Gremium waren schon Stadträte in Dessau oder Roßlau und haben den Städtezusammenschluss politisch vorbereitet und aktiv mitgestaltet und wissen, wie sich die Verhandlungen zur Fusion gestalteten. Heute haben wir alle Hände voll zu tun, die finanzielle Situation der Stadt langfristig in den Griff zu bekommen. Das ist eine echte Herausforderung, die der Verwaltung und dem Stadtrat alles abverlangt. Konsolidierung sei in den nächsten Jahren die Hauptarbeitsrichtung und die Jagd nach Konsolidierungsbeiträgen bestimme unser Handeln.

Der Konsolidierungsdruck sei enorm und vor diesem Hintergrund sei es verständlich, dass uns die Verwaltung eine Hebesatzung für 2011 vorlegt, womit durch vorgezogene Steuermehreinnahmen aus Roßlau schnell mal ein ordentlicher Konsolidierungsbeitrag requiriert werden könnte. Steuererhöhung sei die billigste und einfachste Art zu Geld zu kommen, ein verlockendes Angebot, auf das wir uns aber nicht einlassen können. Der Fusionsvertrag habe leider keine Rechtskraft erlangt, dennoch waren und sind diese Vereinbarungen existenzielle Grundlagen der Doppelstadt. Aus diesem Grunde haben beide Stadträte, die von Dessau und von Roßlau, auf den Geist und die Buchstaben des Fusionsvertrages geschworen. Wer heute die für Roßlau vereinbarte Steuernachfrist von 5 Jahren kassiert, werde morgen kaum Hemmungen haben, Roßlau aus dem Stadtnamen zu tilgen und weiter Roßlau auch aus dem Stadtwappen zu entfernen.

Herr Dreibrodth bat um Zustimmung zum Änderungsantrag zur Hebesatzung 2011. Aufgrund der Brisanz dieser Entscheidung stellte Herr Dreibrodth den **Antrag auf namentliche Abstimmung**.

Frau Christa Müller, CDU-Fraktion, berichtete, im Januar 2005 lag dem Stadtrat Roßlau eine Beschlussvorlage vor, deren Anlage ein Fusionsvertrag zwischen den Städten Dessau und Roßlau war und der die Grundlage für eine Bürgerentscheidung in Roßlau sein sollte. Tenor im § 8 dieses Vertrages war, eine Erstreckungssatzung zu erlassen, die den genauen Anpassungszeitraum jeder Satzung und aller übrigen Regelungen bestimmt. Eine Fusion war noch für den 1.1.2006 angedacht. Deshalb sollte die Anpassung des gemeinsamen Ortsrechtes bis zum 31.12.2010 erfolgen - eine Zusicherung von 5 Jahren. Eine Vereinbarung über den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau - Fusionsvertrag - lag im Stadtrat am 16.6.2005 als nächster Beschluss vor. Im § 8 Ortsrecht galt der gleiche Inhalt wie zuvor genannt.

Wenn auch immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Fusionsvertrag keine Rechtskraft besitzt, so waren die dort festgeschriebenen Vereinbarungen Grundlagen für einen Bürgerentscheid und damit für die Neugründung einer Doppelstadt. Dies ist allen bekannt. Ohne diese Vereinbarungen wäre die äußerst knappe Entscheidung der Roßlauer für eine Fusion nie zustande gekommen. Aber auch mit anderen Versprechungen und Zusagen wurde damals geworben, betonte Frau Müller weiter. Darunter auch die Senkung der Müllgebühren für die Roßlauer, keine Steigerung von Gartenpachten, Straßenreinigung, Hundesteuer, nachzulesen im Fragespiegel „Siehe 33 Fragen zur Fusion“. Aus heutiger Sicht ist es verständlich, dass man alle Möglichkeiten ins Kalkül zieht, um die Stadtfinanzen in den Griff zu bekommen und den Schuldenberg abzubauen. Jedoch stelle sich ihr die Frage, ob damit alles erlaubt sei, wozu wir uns in den genannten Beschlüssen verpflichtet haben. Dass eine Konsolidierung des Stadthaushaltes notwendig ist, ist allen klar, aber sei es nicht die einfachste Variante, entgegen aller Versprechungen die Steuereinnahmen aus Roßlau zu erhöhen und somit einen ordentlichen Konsolidierungsbeitrag zu leisten? Frau Müller glaubt nicht, dass die Bürger von Roßlau dafür Verständnis aufbringen, wenn so alle Versprechungen und Festlegungen in den Wind geschlagen werden und wir wieder einmal unsere politische Unglaubwürdigkeit unter Beweis stellen.

In ihren weiteren Ausführungen begründete Frau Müller ihren Appell an alle, die heutige Entscheidung zu überdenken und zu dem Wort aus den Jahren 2006/07 zu stehen darin, dass das Kreisneugliederungsgesetz, § 16 keine Regelung für die Fusion der Städte

Dessau und Roßlau vorsieht, obwohl diese damals bereits bekannt war. Die Anpassung des Ortsrechtes ist hier nicht festgeschrieben worden.

Er habe selbst an den Fusionsverhandlungen für den Hauptausschuss Dessau teilgenommen, erklärte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und sehe es etwas anders als seine beiden Vorredner. Er erinnere sich gut an viele dort besprochene Dinge und bitte auch darum, bei den Realitäten zu bleiben. Es gehe hier um einen Beschluss und nicht um alle Versprechungen. Hätten wir 2005 und 2006 vorhergesehen, dass uns 2008/2009 eine Wirtschaftskrise überfällt, hätten wir vieles anders gemacht. Dies müsse einfach auch in Roßlau zur Kenntnis genommen werden und das wird es auch. Die drastische Änderung der Situation sei auch der einzige Grund, warum Herr Giese-Rehm dieser Satzung heute zustimmen wird. In den vergangenen Jahren habe er auch dafür geworben, die Satzung, wie von der Verwaltung schon mehrfach vorgelegt, nicht schon 2011 festzuschreiben und wollte ebenfalls abwarten, ob es bis dahin eine andere Möglichkeit gibt. Diese gibt es nach seiner Kenntnis nicht, weshalb er der Satzung heute zustimmen wird.

Zunächst bedankte sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, bei Herrn Dreibrodt, dass dieser seinen heutigen Beitrag in einer anderen Qualität gebracht habe, als das in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Fall war. Was die Fraktion Die Linke betreffe, ist nur ein Thema relevant, politische Versprechen, sofern sie nicht gesetzlich anders konterkariert werden, sind einzuhalten. Insofern bleibe eigentlich aus Sicht der Fraktion die Frage, kann uns der Gesetzgeber nach der jetzigen Lesart zwingen, eine heutige Entscheidung, bspw. den 5-Jahres-Korridor einzuhalten, zu korrigieren. Geht also der OB in Widerspruch, wenn es heute eine Mehrheit zur Einhaltung des gen. Korridors gibt? Wird das Ortsrecht durch das Gesetz tangiert? Ist das der Fall, haben wir heute eigentlich keine Wahl, anders zu entscheiden. Wenn nicht, haben wir die Option der politischen Entscheidung, wobei Herr Schönemann wisse, wie die Fraktion und er persönlich zu seinem damaligen Versprechen steht.

Abschließend stellte Herr Schönemann den **Antrag auf 5 Minuten Auszeit** zur Beratung seiner Fraktion.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erklärte, für die Roßlauer Bürger und aus der Sicht, die Herr Dreibrodt dargestellt habe, müsste Herr Tonndorf dem Änderungsantrag zustimmen. Er sei 2007 in diesen Rat gewählt worden und seine Verantwortung gilt nicht nur für die Stadt Roßlau, sondern für die Stadt Dessau-Roßlau. Weil er dieser Verantwortung gerecht werden muss und möchte, werde er diesem Antrag nicht zustimmen, sondern der eingereichten Beschlussvorlage.

Mehrfach wurde der rechtliche Standpunkt der Verwaltung dargelegt, betonte **Frau Beigeordnete Nußbeck** und umriss diesen nochmals klar. Die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister gehen davon aus, dass für die Stadt das Kreisgebietsneugliederungsgesetz und auch der § 16 anzuwenden sind. Wenn dies nicht so wäre, hätten wir am 1. Juli 2007 kein Ortsrecht gehabt. Wir hatten eines und eine Erstreckungssatzung. Hinzu kommt, dass auch im Fusionsvertrag nie ein anderes Datum stand. Selbst wenn wir uns auf ihn berufen wollten, muss gesagt werden, es stehen nicht 5 Jahre darin, sondern das Enddatum, der 31.12.2010. Deshalb würde der Oberbürgermeister, sollte der Antrag von Herrn Dreibrodt eine Mehrheit finden, gegen diesen Beschluss in Widerspruch gehen. Da man bereits eine Anfrage an das Landesverwaltungsamt genau zu

dieser Sachlage gestellt habe, gehe Frau Nußbeck sicher davon aus, dass das Landesverwaltungsamt diesen Widerspruch anerkennen würde. Es würde das übliche Verfahren in Gang setzen und letztendlich bei Nichtaufhebung eine Ersatzvornahme treffen. Dies könne auch vermieden werden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates Dr. Exner** stellte fest, dass zwei Geschäftsordnungsanträge gestellt wurden, der Antrag auf eine Auszeit und der Antrag auf namentliche Abstimmung. Gegen die Durchführung einer Auszeit gab es keinen Widerspruch, so dass diese gegeben wurde.

Im Anschluss an die Auszeit wurde von **Herrn Schönemann** eine Erklärung der **Fraktion Die Linke** abgegeben. Er legte dar, es galt abzuwägen, wie rechtsverbindlich die heutige Beschlussvorlage ist. Er hege keinen Zweifel an der Rechtsverbindlichkeit der Aussage der Verwaltung und habe am Ende keine andere Chance, der gesetzlichen Orientierung zu folgen. Es sei nur eine „Alibistimme“, wenn er seinen politischen Grundsatz der Einhaltung der 5-Jahres-Schutzklausel bekräftigen würde. Herr Schönemann wies darauf hin, dass es bei der Beratung beider Hauptausschüsse zur Entwurfsfassung des Fusionsvertrages eine Für-Stimme gab, alle anderen waren Enthaltungen, die Für-Stimme war er selbst. Aus diesem Grunde habe er an dieser Stelle auch das Recht, sich zu korrigieren. Im Übrigen habe die Fraktion nach dem Primat entschieden, was die Stadt eint, ist zu favorisieren, was die Stadt trennt, ist zu verhindern.

Er begrüße es, dass die Fraktion Die Linke diesen Weg jetzt so geht, teilte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, mit. Er hätte es sich gewünscht, dass in der letzten Stadtratssitzung zu der gleichen Situation wegen einer rechtlich beanstandeten Beschlussvorlage in Sachen Kristallpalast die gleiche Entscheidung so konsequent getroffen worden wäre.

Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner rief zur Abstimmung auf:

- Der Geschäftsordnungsantrag auf **namentliche Abstimmung** wurde mit 13:23:10 Stimmen **mehrheitlich abgelehnt.**
- Der **Änderungsantrag** von Herrn Dreibrodt, der im Ergebnis besagt, dass gesondert Hebesätze für den Stadtteil Roßlau ausgewiesen werden sollen, für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) 280 v. H., für die Grundstücke (Grundsteuer B) 350 v. H., für Gewerbesteuer 350 v. H. und die Aufhebung des § 5 Nr. 1 der Erstreckungssatzung vom 01.07.2007 wurde mit 04 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt.**

Die Hebesatzsatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:03:05

7.2 1. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/396/2010/II-20

Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke, meldete sich zu Wort und verwies darauf, ihr sind sehr viele Bürger bekannt, die nicht oder sehr schwer in der Lage sind, die Hundesteuer zu entrichten. Alleinstehende, vor allem ältere, betrachten den Hund als einen Partner, der ihnen das Leben verbessert. Familien sind ebenfalls ein Klientel, wo die

Kinder mit Haustieren durchaus sehr positiv aufwachsen können. Frau Sanftenberg sei Mitglied im Vorstand des Tierschutzvereins und kann mitteilen, dass auch der Tierschutzverein nicht für die Erhöhung der Hundesteuer eintritt.

Weiterhin merkte Frau Sanftenberg an, dass auf Seite 4 der Vorlage (Anlage 1) eine erhöhte Besteuerung von Kampfhunden bzw. eines nach Maßgabe der Rasseliste als gefährlich vermuteten Hundes erfolgt. Sie wisse nicht, wann die Vermutung angewandt wird. Im Dessauer Tierheim und nicht nur hier, gibt es eine große Anzahl dieser sog. Kampfhunde, die u. a. aus dem Grunde, dass eine sehr hohe Steuer verlangt wird, nicht zu vermitteln sind. Der Tierschutzverein betreibe unser Tierheim und könne sich mit der Erhöhung der Steuer nicht einverstanden erklären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Die 1. Änderung der Hundesteuersatzung wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:10:02

7.3 Pachteinnahmen von Kleingärten **Vorlage: DR/BV/350/2010/VI-66**

Zur Vorlage war ein neues Deckblatt mit dem in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses mit dem Haupt- und Personalausschuss am 19.10.2010 geänderten Beschlussvorschlagstext ausgereicht worden.

Die **Fraktion Die Linke** stellte einen Änderungsantrag zur Vorlage, welcher durch **Herrn Schönemann** erläutert wurde. So soll der ausgereichte neue Beschlusstext als Ziffer 1 benannt und durch eine Ziffer 2 ergänzt werden, die wie folgt lautet:

„2. Die Erhöhung der Pachteinnahmen soll für die Jahre 01.01.2011 bis 31.12.2015 festgeschrieben werden.“

Der Antrag ist ein Ergebnis der Abstimmung mit dem Verband der Gartenfreunde. Man wolle keine sozial erschwerende Situation herbeiführen, um den Schreiber-Gedanken nicht zu konterkarieren.

Der Änderungsantrag wurde nach wiederholter Abstimmung mit dem Ergebnis von 20:19:07 mehrheitlich angenommen.

Die Vorlage wurde in geänderter (erweiterter) Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:13:01

7.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 und Folgejahre **Vorlage: DR/BV/215/2010/II-20**

Ergebnis siehe unter TOP 7.5

7.5 Haushaltssatzung 2010; Haushaltsplan 2010; Finanzplan 2010 **Stellenplan 2010** **Vorlage: DR/BV/223/2010/II-20**

Die Einführung für die Tagesordnungspunkte 7.4 und 7.5 erfolgte zusammengefasst. **Frau Beigeordnete Nußbeck** legte dar, der Haushaltsplan ist ohne das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht genehmigungsfähig. Wenn es nicht gelingt, einen ausgegli-

chenen Haushalt vorzulegen, muss das Haushaltskonsolidierungskonzept innerhalb des Finanzplanzeitraumes aufzeigen, wie der Haushaltsausgleich zu erreichen ist. In den am 23. Juni 2010 ausgereichten Unterlagen war der Haushaltsausgleich noch nicht für den gesamten Betrag untersetzt und inzwischen haben sich auch einige Dinge zum Positiven geändert.

Auf den **Finanzplan** eingehend, bezog sich Frau Nußbeck auf S. 77 der ausgegebenen Änderungsunterlagen zum Haushalt. Hierin ist für 2010 ersichtlich, dass das Defizit auf 26,8 Mio. € von ursprünglich 30,9 Mio. € gesenkt wurde. Diese Reduzierung des Haushaltsdefizits war möglich durch erhöhte Einnahmen von Einkommens- und Gewerbesteuern, hier wurden die Planungen an die Ist-Entwicklung angepasst, aber auch durch zusätzliche Beiträge der kommunalen Unternehmen - Klinikum, DWG und DVV. Somit konnte das laufende Defizit von ursprünglich 15,3 Mio. auf 11,2 Mio. € reduziert werden.

Nach der neuen Finanzplanung sollen nunmehr ab dem Jahr 2013 erstmals wieder mehr Einnahmen als Ausgaben erzielt werden und mit diesen Überschüssen die Soll-Fehlbeträge, die bis zu diesem Zeitraum exakt 60 Mio. € betragen, abgebaut werden.

Die **Personalausgaben** sollen von 2009 - 64,4 Mio. € - bis zum Jahr 2018 auf 52,9 Mio. € gesenkt werden, wobei darin auch die Eigenbetriebsgründung Kita steckt. Allein von 2011 zu 2018 sollen die Personalkosten um 4,5 Mio. € gesenkt werden. Das ist eine reine Personalkostensenkung durch Personalabbau, es sind keine organisatorischen oder strukturellen Veränderungen enthalten. Das heißt, trotz Tarifsteigerungen und trotz Bewährungsaufstiege und Beförderungen wollen wir um 4,5 Mio. € die Personalkosten absolut senken.

Eingeplant wurden aber auch **Mehreinnahmen aus dem FAG** (ersichtlich auf S. 75) ab dem Jahr 2012 in Höhe von 1,55 Mio. € pro Jahr aus der Umsetzung der Absicht des Landesgesetzgebers, die Finanzausstattung der Kommunen immer weiter aufgabenbezogen zu strukturieren. Der Anfang wurde gemacht mit dem FAG 2010/2011. Leider konnte das Gesetz die Wirkung nicht entfalten, weil die Gesamtfinanzmasse derart zusammengeschmolzen wurde, dass sich die Wirkungen gegenseitig kompensierten. Wir gehen aber davon aus, dass dieser Weg weiter verfolgt wird und haben deshalb Mehreinnahmen eingeplant. Damit wird der Haushaltsausgleich bis 2018 dargestellt.

In den letzten Wochen wurden in den Haushaltsberatungen auch schwerpunktmäßig das **Haushaltskonsolidierungskonzept** und die **Prüfaufträge** beraten. Aus diesen Beratungsergebnissen wurde eine Überarbeitung vorgenommen, die heute vorliegt. Insbesondere beim Haushaltskonsolidierungskonzept gab es Maßnahmen, die abgelehnt worden sind, diese wurden auf dem Querblatt zum Haushaltskonsolidierungskonzept grün dargestellt und müssen entnommen werden. Weiter gibt es einen Teil, welcher geändert beschlossen wurde, dazu gibt es Austauschblätter (die Maßnahmen sind auf der Querliste gelb dargestellt). Alle übrigen Maßnahmen sind geblieben, wie sie ursprünglich auch ausgereicht wurden.

Auf folgende **Risiken** wies **Frau Beigeordnete Nußbeck** ausdrücklich hin. Es sind drei Prüfaufträge enthalten, die die unbedingte Mitwirkung des Landes erfordern. Wir haben uns eine Kürzung der Zuweisungen an das Theater als Auftrag vorgenommen, was nur mit dem Land gemeinsam gelingt. Wir haben uns die Übertragungen des Schlosses Georgium mit dem Land an die Kulturstiftung Dessau-Wörlitzer Gartenreich und der

Meisterhäuser in die Stiftung Bauhaus vorgenommen. Unabhängig davon wie es rechtlich vollzogen werden kann, geht es nicht ohne das Land, im letzteren Fall sogar nicht ohne den Bund.

Zweitens wurden noch mehrere Prüfaufträge nicht konsequent untersetzt. Frau Nußbeck erinnerte an die Kürzung bei der Jugendhilfe. Das muss bis zu den Haushaltsberatungen 2011 aber geleistet werden. Für den Haushalt 2010 hat das noch keine Auswirkungen.

Letztlich haben wir das Risiko, dass wir höhere Erwartungen aus dem FAG eingeplant haben. Wenn das nicht käme, würde das einen zusätzlichen Konsolidierungsbeitrag von 11 Mio. € erfordern.

Abschließend merkte **Frau Nußbeck** an, dennoch daran zu glauben, dass der Haushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der vorliegenden Fassung genehmigungsfähig sind, in jedem Fall, wenn sich die Stadt und das Land darin einig sind, dass die kommunale Handlungsfähigkeit unbedingt erhalten bleiben muss.

In der Diskussion erhielt zunächst **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, das Wort. Er merkte an, dass in der Regel zu diesem Zeitpunkt der Kommunalhaushalt für das Jahr 2011 beschlossen wird. Auch wenn die Landesregierung heute festgelegt hat, die Wirtschaftskrise in Sachsen-Anhalt sei überwunden, so betrifft dies noch lange nicht unsere Haushaltslage und die vielen Wirtschaftsbetriebe in der Stadt.

Den Haushalt 2010 als auch die Konsolidierung muss man natürlich im Zusammenhang sehen. Dass aus einer „Blut- und Tränenliste“ ein genehmigungsfähiger Haushalt entstanden ist, lag nicht an der vorgesehenen Schließung von Einrichtungen oder der Verlagerung von Arbeitsaufgaben. Diese Prüfaufgaben liegen weiterhin vor uns und verlangen eine intensive und Erfolg versprechende Diskussion mit allen Beteiligten. Vor allem durch erhöhte Steuereinnahmen, Personalkosteneinsparungen gegenüber dem Planansatz konnten finanzielle Verbesserungen erreicht werden. Die großen Fragen zu den Plänen für das Theater, Georgium und die Meisterhäuser, die Einsparungen bei den Kostenzuschüssen an die Vereine u. a. Dinge schieben wir weiterhin vor uns her.

Die Fraktion Die Linke steht zum **Personalentwicklungskonzept** der Stadt und bestätigt die durchgeführten und vorgesehenen Strukturveränderungen in der Verwaltung. Betriebsbedingte Kündigung schließt sie aus. Sie sind für die Fraktion keine Lösung.

Ein viel diskutiertes Thema in dieser Zeit ist die Einführung eines **Bürgerhaushaltes** in der Stadt Dessau-Roßlau. Die von der Fraktion Die Linke eingebrachte gleich lautende und mit der Stadtverwaltung terminlich abgestimmte Beschlussvorlage fand im Stadtrat keine Mehrheit und wurde in den Finanzausschuss verwiesen. Dort wurde am 19. Oktober in einer Informationsvorlage über die Variante einer Mitbestimmung der Bürger über die Haushaltskonsolidierung entschieden. Als Zielgröße der Resonanz der Bürgerbeteiligung werden ca. 2000 Bürger angegeben, welche hauptsächlich über das Internet kommunizieren. Das ist Scheindemokratie. Nach Meinung der Fraktion wird hier ausschließlich die Interessenlage bildungsnaher Schichten vertreten. Die von der Fraktion vorgeschlagene Durchführung von Ortschafts-, Quartiers- oder Stadtteilkonferenzen zum Thema Bürgerhaushalt findet keine Anwendung. Das nenne die Fraktion Makulatur, die mit Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an diesem Haushalt wenig zu tun hat.

Die **Entscheidung der Fraktion Die Linke** zur Haushaltssatzung 2010 und zur Haushaltskonsolidierung 2010 und Folgejahre lautet: Der Haushalt 2010 wird getragen und beschlossen, die Konsolidierung nicht. Es wird positiv anerkannt, dass vorerst die Veräußerung von Kommunalvermögen, insbesondere von Unternehmensanteilen zur Konsolidierung des Haushaltes nicht weiter verfolgt wird, man sehe aber auch eine falsche Kommunalfinanzierung und zu viele Hängepartien, was die Prüfaufträge betreffen.

Vorab merkte **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, an, dem Haushalt 2010 könne er zustimmen, dem Haushaltskonsolidierungskonzept bis 2018 jedoch aus vielen Gründen nicht. Als Beispiele führte er die Höhe der Personalkosten an und auch die Umstrukturierung in der Verwaltung selbst lasse s. E. extrem zu wünschen übrig. Die Verschlan-
kung der Verwaltung als Dienstleister ist in seinen Augen nicht ausreichend. Die heute beschlossenen vorgezogenen Steuererhöhungen sind ebenfalls im Konzept enthalten, weshalb er diesem nicht zustimmen kann. Des Weiteren werde im Konzept fälschlicher Weise eine Position bei Heimatpflege als Zuschuss betitelt, nämlich der Pflegevertrag für den Sport- und Traditionsverein in Meinsdorf soll von 9.200 € auf Null gesetzt werden. Herr Dreibrodt erinnerte Herrn Koschig daran, dass dieser Pflegevertrag kein Zuschuss ist. Hier werde eine Leistung erbracht, die bezahlt wird. In der letzten Hauptversammlung des Sport- und Traditionsvereins war Herr Koschig anwesend und hat dem Verein sein Wort gegeben, dass daran nicht gerüttelt wird, dass der Pflegevertrag wichtig ist und bleibt.

Selbstverständlich habe Herr Dreibrodt bei dem letztgenannten Punkt Recht, entgegen-
te **Herr OB Koschig**. Dies müsse korrigiert werden und mit dem Haushalt 2011 richtig gestellt werden. Es handelt sich nicht um einen Zuschuss sondern um eine Pflegeleistung.

Frau Storz, 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden und Mitglied der **SPD-Fraktion**, knüpfte in ihrem Wortbeitrag an die Ausführungen von Herrn Dreibrodt bezüglich der Personalkosten an. Im Plan 2010 sind 60 Mio. € Personalkosten enthalten. Das Defizit des Haushaltes von 28 Mio. € setzt sich zu 16 Mio. aus den Vorjahren und zu 11 Mio. € allein aus diesem Jahr zusammen. Persönlich habe Frau Storz alle Haushaltssitzungen wahrgenommen und man habe an der Stelle Personalkosten, Umstrukturierung der Stadtverwaltung in eine dienstleistungsnahe Struktur wirklich gekämpft. Es wurde nachgefragt und Vorschläge gemacht. Auf eine schriftliche Nachfrage habe Frau Storz die Aussage am 18. Oktober erhalten, dass 2009=64,4 Mio. Personalkosten angefallen sind, 2010=60,2 Mio. € geplant sind und es dann bis zum Jahr 2018 heruntergehen würde auf 52,9 Mio. €. Diese rund 53 Mio. sollen erreicht werden, indem man jedes Jahr nur 1 % durchschnittliche Personalkostensteigerung eingeplant hat. Jeder wisse aber, dass das nicht ausreichen wird.

Bis 2018 werden in jedem Jahr mehr Defizite eingefahren und heute werde auch mit dem Haushalt beschlossen, dass keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden sollen, sondern lediglich Kassenkredite. Das heißt, jede Million, die jedes Jahr hinzukommt, wird mit Kassenkrediten abgedeckt. Dafür müssen wir wieder Zinsen zahlen. Dieser Zeitraum von 8 Jahren sei zu lang. Die Defizite werden 8 Jahre lang aus dem großen Personalkostenblock hereingefahren. Das halte diese Stadt nicht aus und davor dürfe man die Augen nicht verschließen.

Aus diesem Grund unternehme Frau Storz schon einen sehr außergewöhnlichen Versuch, aber es sei ihr wichtig, auf den Ernst der Lage hinzuweisen. Sie stelle als Stadtrat Angelika Storz, wohl wissend, dass ihre Fraktion dies wohl nicht so gut findet, einen **Ergänzungsantrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept:**

„Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt in Wahrnehmung seines Budgetrechts die Budgetierung der Personalkosten auf 50 Mio. € ab dem Haushaltsjahr 2011. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt.“

Über diesen Antrag könne man streiten, was auch Sinn und Zweck sei, aber man müsse dabei sehr wohl wissen, dass 60 Mio. € Personalkosten in dieser Stadt nicht vertragen werden. Wenn wir 60 Mio. € Gehälter und Löhne an die Stadtverwaltung zahlen, werden wir in ein oder zwei Jahren wirklich über Kultur, Vereinsförderung u.a.m., was uns lieb und wert ist und was wir schützen wollen, reden müssen. Und dahin möchte Frau Storz nicht kommen, sie möchte heute wenigstens für alle deutlich sagen: „Kultur ist mir wichtig, die Sportvereine sind mir wichtig, die Kindergärten sind mir wichtig, mir ist nicht wichtig, 1.400 Beschäftigte in der Stadtverwaltung zu haben.“

An Frau Storz gewandt, kritisierte **Herr Weber, CDU-Fraktion**, so gehe es nicht weiter. Eine Betriebswirtin, die einen eigenen Betrieb in der Wirtschaft geführt hat, könne sicherlich darüber nachdenken, bei aufgebauten Teilsparungen, die nicht funktionieren, diese Abteilung aufzulösen, die Leute zu entlassen und damit keine Kosten mehr dafür zu haben. Hier ist aber von einer öffentlichen Verwaltung die Rede, die zum großen Teil Pflichtaufgaben wahrnimmt und wo in den letzten Jahren schon immer weiter im freiwilligen Bereich abgebaut werden musste. Von Frau Storz hätte er sich gewünscht, dass sie bereits 2001 einmal den Personalstrukturvorschlägen der CDU zugehört hätte, wenn sie zugehört und sich hätte belehren lassen, dass die Aufgaben der Verwaltung in einem Geschäftsverteilungsplan stehen und Aufgaben sind, die tatsächlich und wirklich vorhanden und zum größten Teil nicht von uns beeinflusst durchzuführen sind. Es hilft nicht, wenn in 9 Sitzungen immer wieder das gleiche Palaver einsetzt mit der gleichen Zielrichtung, in denen Herr Weber Frau Storz mehrfach aufgefordert hatte, doch einmal ganz sachlich über diese Aufgaben zu reden. Er hätte es ihr dann als Verwaltungswirt erklären können, dass man nicht einfach Streichungen vornehmen kann. Richtig ist, dass diese Personalausgaben das Geld kosten und es uns nicht ermöglichen, die sozialen Dinge so aufrechterhalten zu können, wie wir es wollen. Aber der Ansprechpartner dazu sitze nicht hier, Bund und Land müssen darauf angesprochen werden.

Zum Haushalt merkte Herr Weber an, dass es eine enttäuschende Diskussion war. Keine Fraktion außer der CDU hat angesprochen, dass wir diesen Spar- und Konsolidierungshaushalt jetzt tragen müssen, weil in den 12 Jahren vorher nichts dergleichen geschah. Herr Otto hätte damals einmal diese umfassenden Punkte mit Herrn Kessing, gerade was Personalstrukturreform angeht, tragen sollen. Er hätte damals, als Herr Weber mit sehr viel Mühe und Akribie mit Herrn Blenke im Hauptamt gesessen, den ganzen Haushalt durchgegangen und 256 VbE nachgewiesen hatte, die damals hätten angegangen werden müssen, diese Vorschläge mittragen sollen, dann wären wir um 55 Mio. € geringer in dem, was wir jetzt konsolidieren müssen.

In dem vorliegenden Konsolidierungskonzept werden 270 VbE zum Abbau gestellt, betonte Herr Weber nochmals an Frau Storz gewandt. Als Sozialdemokratin oder zumindest Mitglied der SPD müsste sie doch auch einmal dem Personalrat gegenüber treten, der nämlich ordnungsgemäß eingebunden war und dieses mit trägt, obwohl es so viele

Kolleginnen und Kollegen betrifft. Es werde nicht besser durch ständige Wiederholungen, wenn Frau Storz mit Betriebswirtschaft kommt und von öffentlicher Verwaltung, trotz der vielen Jahre im Stadtrat keine Ahnung hat.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept schätze Herr Weber (auch im Namen seiner Fraktion) als ausgewogen ein, weil es keine Gruppen, Schichten oder Interessen gibt, die über Gebühr tot gekürzt werden. Grundlegende Strukturveränderungen gehen endlich vonstatten und in der Arbeit mit dem Land und Bund werden ganz neue, vertrauensvolle Wege gegangen, die wirklich in die Zukunft reichen und die uns bis 2018 mittragen sollen. Mutig bezeichnete Herr Weber das Konzept, weil das umfassende und fast schon als radikal zu bezeichnende Personalabbaukonzept noch zu großen Problemen führen wird, so viel Personal abzubauen, weil die Aufgaben der Verwaltung noch nicht in gleichem Maße reduziert werden konnten. Das Haushaltskonsolidierungskonzept sollte mehrheitlich mitgetragen werden.

An die Fraktion Die Linke gerichtet, stellte **Herr Weber** fest, es sei ihm klar gewesen, dass sie das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht mittragen würde, sie habe immer schon nur den Haushalt mitgetragen. Er richtete deshalb den Appell an die Fraktion, doch dann endlich einmal eigene, nachhaltige, begründete, umfassende Vorschläge, wie es denn dann sein soll, zu machen.

Eine direkte Antwort auf den an seine Fraktion gerichteten Appell gab **Herr Hoffmann**, 1. Stellv. Stadtratsvorsitzender und Mitglied der **Fraktion Die Linke**. Er könne sich an Vorschläge erinnern, z. B. Konzepte zu verfolgen, wie sie in anderen Städten existent sind, Sozialbetriebe zu gründen, indem Qualifizierung stattfindet und auch soziale Dienstleistungen abgewickelt werden können, die man als Übergangsgesellschaften in die Funktion bringen kann. Wenn schon Personalabbau betrieben werden muss, soll dieser moderat und nicht als Abbau schlechthin gemacht werden. Herrn Hoffmann erschütterte insbesondere, dass immer über Zahlen geredet wird. Man muss nicht vergessen, dahinter stehen Menschen, hinter diesen Menschen steht Kaufkraft, steht auch Lebensqualität für diese Stadt. Dies müsse alles im Einklang gesehen werden. Vorschläge, die eine Rolle spielen können, um das zu betrachten, wurden seitens der Fraktion Die Linke gemacht. Im Übrigen fand Herr Hoffmann die Bemerkung des Verweises auf die Wirkung der Politik von Bund und Land durchaus sehr zutreffend.

Des Weiteren führte **Herr Hoffman** aus, in diesem Haushaltskonsolidierungskonzept steht ein Punkt, der den Bereich betrifft, welcher im Jugendhilfeausschuss auch diskutiert wurde, nämlich die 100 T€ Einsparung bei den freien Trägern. Hier stellte Herr Hoffmann fest, dass es dazu eine Beschlusslage des Jugendhilfeausschusses gibt, die dies nicht mit trägt. Wie Frau Nußbeck ausführte, wurde das ja auch durch die andersfarbige Darstellung kenntlich gemacht. Andererseits merkte Herr Hoffmann an, dass im Jugendhilfeausschuss in Auftrag gegeben wurde, die Jugendhilfeplanung genau diesbezüglich fortzuschreiben. Es ist die Voraussetzung, um über eine Bewertung dieser Sachverhalte reden zu können. Erfolgt dieses nicht, darauf verwies Herr Hoffmann deutlich, wäre Dessau-Roßlau nicht die erste Stadt, deren Haushalt wieder kassiert wird, weil Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und Rechtsgrundlagen bei der Bewertung dieser Situation nicht eingehalten wurden.

In der Reihenfolge der Rednerliste wurde **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Wort erteilt. Er führte aus, zum Haushaltsplan 2010 und das Haus-

haltskonsolidierungskonzept wurde lange verhandelt, aber substantiell wenig geändert. Besonders im Haushaltskonsolidierungskonzept seien viele Punkte enthalten, die unter normalen Umständen nie zur Diskussion stünden. Es haben viele Faktoren dazu geführt, dass der Etat so sehr unterfinanziert ist. Herr Giese-Rehm führte Beispiele als Ursache an, welche durch die Stadt schwer beeinflussbar sind. Er führte aber auch Beispiele an, bei denen man selbst dazu beigetragen hat. Dieser Rat habe nicht entschieden genug Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen und die Umsetzung vernünftiger Vorschläge teilweise blockiert. Auch städtische Unternehmen müssen einen deutlichen Beitrag zur Entschuldung der Stadt leisten. Die Umsetzung der Beschlüsse muss durch den Rat entschieden von der Verwaltung eingefordert werden. Wenn es erforderlich ist, dass unsere eigenen Beschlüsse korrigiert werden müssen, sollten wir es denn auch tun und nicht durch Wegschieben oder Ignorieren das Problem aufstauen lassen.

Zum vorliegenden Haushaltsplan schätzte Herr Giese-Rehm ein, dieser vollziehe im Wesentlichen nach, was in diesem Jahr schon gelaufen ist. Wenn die Genehmigung des Haushaltes vorliegt, bleibe noch ein Monat, um noch etwas zu veranlassen, was nicht schon durch überplanmäßige Ausgaben und gesonderte Beschlüsse freigegeben wurde. Bei vielen Dingen des Haushaltskonsolidierungskonzepts gibt es auch große Bedenken. Der Bereich Jugendarbeit wurde bereits angesprochen, weitere Beispiele führte Herr Giese-Rehm an, wie das umstrittene Straßenbauprojekt, die Umwandlung von Stadtteilbibliotheken in Schulbibliotheken sowie weitere Kürzungen bei Kindern und Jugendlichen, Sozialem und Kultur, also wesentliche freiwillige Aufgaben. Diesen könne man nur auf der Basis von konkreten nachvollziehbaren Konzepten zustimmen, die seit Jahren gefordert, seit längerem zugesagt sind, aber immer noch fehlen. Einige dieser Papiere, wie der Masterplan Kultur sind von den notwendigen Anforderungen, die daran zu stellen sind, noch weit entfernt und keine Diskussionsgrundlage.

Herr Giese-Rehm merkte an, man hat sich mit dem Beschluss zu STARK II vertraglich gebunden. In dem Zusammenhang verwies er auf die zu den Haushaltsberatungen übergebenen 25 Konsolidierungsvorschläge, die für 2011 wieder aufgegriffen werden.

Über diese und weitere Kritikpunkte hinaus erkenne die Fraktion Bürgerliste/Die Grünen an, dass im Wesentlichen der von der Finanzverwaltung vorgelegte Haushaltsplan den vorgegebenen Bedingungen überwiegend Rechnung trägt. Wenn dieser Plan 2010 heute beschlossen wird, ermöglicht man einerseits eine frühzeitige Einbringung des Haushaltsplanes 2011, aber es wird auch zeitnah die Arbeit an den ersten Teilen für den Bürgerhaushalt begonnen werden können, was sehr begrüßt wird. In diesem Sinne werde die Fraktion dem Haushalt nicht im Wege stehen.

Heute werde durch die **Fraktion Bürgerliste/Die Grünen** ein **Änderungsantrag** eingebracht. Seitdem sie nicht mehr automatisch im Haushalt enthalten sei, werde die Fraktion auch heute den Antrag stellen, die **Haushaltsstelle „Zuschuss für Denkmalpflege Dritter“ mit 10.000 €** als reine „Hausnummer“ **einzustellen**. Man habe bereits eine Größenordnung von etwa 7.000 € im entsprechenden Amt auf „Halde“ liegen. Deshalb sollte die Haushaltsstelle eingestellt werden, damit die Bürger und Unternehmen, die darauf warten, ihren Zuschuss erhalten. Er denke, es ist möglich, diese Summe aus einer verringerten Summe in der Ansatzplanung Ostrandstraße zu decken.

Frau Angela Müller, SPD-Fraktion, merkte an, dass sie im Monat November 2010 bereits 21 Jahre Mitglied der SPD sein wird. Sie habe es aus Überzeugung getan und ist

auch heute noch überzeugter Sozialdemokrat. In ihrem und auch im Namen ihrer Fraktion verwehrte sie sich gegen die Äußerungen von Frau Storz. Frau Müller habe tagtäglich als Krankenschwester mit Menschen zu tun. Im Gesundheitswesen und auch in der Verwaltung werde es so gehandhabt, dass die Bürger an Sprechtagen eine Nummer ziehen, der Reihenfolge nach aufgerufen und mit dem Namen angesprochen werden. Wenn es nun zu der Kürzung kommt, wie Frau Storz es erwartet, könne sie sich vorstellen, dass dann die Bürger nur noch mit Nummern angeredet oder sogar als solche behandelt werden, weil die Zeit nicht mehr da ist. Frau Müller schäme sich dafür, was Frau Storz hier gesagt hat und hoffe, dass der Stadtrat dem nicht zustimmt.

Der Haushalt stelle in jedem Jahr eine Möglichkeit dar, wo maßgeblich für die Gesamtpolitik dieser Stadt für dieses oder das darauf folgende Jahr Akzente gesetzt werden können, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar. Das Problem sei, wenn Vorschläge kommen, die mehr oder weniger in die Richtung gehen, diese Stadt zu spalten und die nicht mehrheitsfähig sind. Dies sollte Frau Storz bedenken und sich vielleicht auch korrigieren. Natürlich könne man bei dem heute vorgelegten Unterlagen unterschiedlicher Meinung sein, aber die skizzierten Unterschiede finde Herr Schönemann nicht. Aus dem Grunde komme er auch nochmals auf Herrn Weber zurück. Auch er sei in ähnlicher Weise unterwegs. Er erinnerte sich an die Diskussion im Hauptausschuss und im Finanzausschuss zur Jugendplanung, in der Herr Weber inhaltlich polarisiert und Arbeit von Vereinen bewertet, was eigentlich an Konzepten und Ergebnissen zu tätigen ist. Diese Art und Weise sei für die Linkspartei nicht hinnehmbar ist. Sie bewerte die Menschen nach dem, was sie tun und nicht was sie teilweise vollmundig versprechen. Hinzu kommt, dass Herr Weber in der heutigen Auseinandersetzung deutlich gemacht und eingefordert hat, dass sich Bund und Land zu den Kommunal финанzen korrigieren. Die Linkspartei fordere seit 20 Jahren eine Reform der Kommunal финанzen und werde nicht gehört.

Diese Diskussion führe aber an dieser Stelle nicht weiter, weshalb Herr Schönemann zur Sache zurück kam und anmerkte, man habe als Fraktion in all den Jahren massiv für eine starke Stadt Dessau, jetzt Dessau-Roßlau gekämpft. Als Beispiel führte er das Bürgerbegehren für städtische Beteiligungen an. Inzwischen müssen sie zur Konsolidierung des Haushaltes Ergebnisse zeichnen. Über 7 Jahre hinweg führte der Kampf um den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, der inzwischen auch haushaltspolitisch Zeichen setzt. Seit Jahren fordern wir, einen Kultureigenbetrieb der Stadt zu kreieren. Weiterhin führte Herr Schönemann den Verkehrsentwicklungsplan an und andere Beschlüsse dieses Rates, wo man anerkennen muss, dass man, wenn man keine eigenen Mehrheiten für bestimmte Dinge hat, sie organisieren muss mit vernünftigen alternativen Vorschlägen. Wenn diese Art der Diskussion aber fortgeführt wird, wird sich an der Sachlage der Uneinigkeit in der Stadt nichts ändern. Die **Fraktion Die Linke** hat heute bewiesen, dass man auch über seinen Schatten springen kann, indem sie sagte, alles, was eint, werde befördert, alles was trennt, werde negiert.

Heute seien wieder die Schlagworte von Herrn Schönemann „Konzeptionen“ und „konzeptionelle Begleitung“ gefallen, entgegnete **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Es müssen aber irgendwann ganz konkrete Vorschläge kommen, einer sei von der Fraktion Die Linke gekommen - der Kindertagesstättenbetrieb. Noch liege aber kein so positives Bild vor. Die Einsparungen sind weg vom Personal und liegen jetzt im Sachkostenbereich. Das werde bewertet werden, wenn Ergebnisse vorliegen und nicht, wenn die Fraktion Die Linke sagt, jetzt habe sie einen Beitrag geleistet.

An Herrn Hoffmann gewandt, erklärte Herr Weber, es sei nicht so, dass der Jugendhilfeausschuss allein beschließt, sondern im Rahmen des Budgetrechtes. Und darum ging es in den Ausschüssen und dort wurden die 100 T€ eingestellt. Beim letzten Ausschuss wurde nochmals gesagt, wenn es die Verwaltung schafft, diese Summe zu reduzieren, indem sie Verwaltungskosten einspart, dann soll es bei den freien Trägern gern bleiben. Herrn Schönemann erklärte Herr Weber des Weiteren, er könne gern wiederholen, was er schon im Haushaltsausschuss sagte: Beim Alternativen Jugendzentrum und bei den Urbanisten sollte konkret nachgedacht werden. Er war einer der vehementesten Befürworter und Unterstützer, als das AJZ entstanden ist und steht auch heute noch dazu, auch wenn dort viele sind, die nicht seiner politischen Auffassung oder Couleur angehören. Dort werde aber keine Jugendarbeit mehr gemacht, die eine breite Allgemeinheit ansprechen. Fördermittel zu besorgen wegen des Engagements gegen Rechts, wäre eine Alternative und sie müssten nicht aus dem Haushalt der allgemeinen Jugendpflege kommen. Bei den Urbanisten habe er es lediglich angesprochen, weil die Unterstützung des Urbanistischen Bildungswerkes auf dem Zoberberg bei 172 T€ liegt und der nächste freie Träger 68 T€ Zuschuss im Jahr bekommt. Herr Weber meinte, dass aus diesen großen Bereichen also ein Großteil der Reduzierung kommen könne.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, wies Herrn Weber auf Seite 147 im Haushalt hin, wo ersichtlich ist, wie sich die Personalstellen in der Stadtverwaltung entwickelt haben. Insgesamt in seiner Amtszeit sind über 550 Stellen in der Verwaltung eingespart worden. Dabei waren nur wenige Ausgliederungen und Kindergärten in freie Trägerschaft gegangen, das Altenpflegeheim und das Friedhofswesen. Es sind Dezernate und Ämter abgebaut und zahlreiche kw-Stellen und Altersteilzeitstellen übergeben worden.

Zur Anhaltischen Gemäldegalerie fragte **Frau Lohde, CDU**, nach, dass hier Übernahme des Schlosses und des Parks Georgium nebst Kunst- und Kulturbesitz durch die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz benannt ist. Wenn es so nicht gemeint sei, schlage sie vor, dass das „nebst Kunstbesitz“ gestrichen wird. Das Zusammenführen der Schlösser und Parks sei das eine, das andere ist die Gemäldesammlung an sich, die mit den Schlössern und Gärten nichts zu tun hat.

Dazu entgegnete **Herr OB Koschig**, dass das nicht so ist und auch nicht so mit dem Stiftungsdirektor besprochen wurde. Es ist immer so gemeint, dass das im Besitz der Stadt verbleibt. Es ist daher auf **Seite 23** des Konsolidierungskonzeptes das Wort „nebst“ **zu streichen** und **durch „ohne“ zu ersetzen**.

Des Weiteren merkte Oberbürgermeister Koschig an, dass die Jugendhilfeausgaben nach wie vor als Prüfauftrag zu beschließen sind. Wir wollen hier schon im Jugendhilfeausschuss entsprechende Entscheidungen zulassen. Zu den Schulbibliotheken erklärte er, dass dies der Weg sei, die Bibliotheksversorgung auch in der Fläche zu erhalten. Sie sollen öffentlich zugänglich sein, wie es auf dem Zoberberg auch funktioniert.

Herr Koschig bedankte sich für die Anmerkungen. Man müsse sich nicht gegenüberstehen und sollte es gemeinsam tun. Beim 2010er Haushalt ist sehr intensiv seit Veröffentlichung der Prüfliste gearbeitet worden, wofür er sich bei allen bedankte, die in diesen vielen Sitzungen mit der Verwaltung gemeinsam gearbeitet haben. Wie hier schon gesagt wurde: Demokratische Beschlüsse sollten akzeptiert werden. Und es sei auch seine inständige Bitte, dass die Verwaltung auf solche mehrheitlich gefassten Beschlüsse auch aufbauen kann, was für eine verlässliche Arbeit in der Verwaltung ganz dringend erforderlich ist.

Lange habe Herr Koschig überlegt, ob er zu den Äußerungen von Frau Stadträtin Storz etwas sagen soll, gerade in Anbetracht dessen, dass sich heute morgen alle Personalräte in der Marienkirche versammelt und unter dem Motto „Kommunen in Not“ überlegt haben, was unser Beitrag sein kann, wie können wir hier unterstützen. Es wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, es hat eine Podiumsdiskussion gegeben, an der die Beigeordnete Nußbeck teilnahm und nun komme von Frau Storz der Vorschlag, wo Herr Koschig sofort 250 Mitarbeitern fristlos kündigen müsste, vor dem Weihnachtsfest! Und da er das nicht könne, weil die Kündigungsfristen eingehalten werden müssen, müsste er im nächsten Jahr zum frühest möglichen Zeitpunkt nochmals weiteren 30 bis 50 Kolleginnen und Kollegen kündigen. Dann müsste gerade dort, wo Frau Storz helfen wolle, in der Kultur, im freiwilligen Bereich zuerst gekündigt werden. Wo staatliche Leistungen von uns erbracht werden müssen, könne nicht gekündigt werden. Aus diesen Gründe halte Herr Koschig es als einen sehr schlimmen Einwurf, der nicht in diesen Stadtrat gehört. Er schließe sich seinen Vorrednern an und bitte Frau Storz, ihren Antrag zurück zu nehmen.

Zum Änderungsantrag von Herrn Giese-Rehm, als Deckungsquelle für den „**Zuschuss für Denkmalpflege Dritter**“ mit **10.000 €** Mittel für die Planungskosten Ostrandstraße zu nutzen, merkte Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, an, dass die Verwaltung diesem nicht zustimmen könne. Gegebenenfalls müsse ein anderer Deckungsvorschlag unterbreitet werden.

Frau Lohde bat für sich um die Klärung einer Frage. Sie schätzte es positiv ein, wenn die Verwaltungsmitarbeiter in Schutz genommen werden und ihnen auch Sicherheit gegeben wird. Um es aber auch transparent zu machen, fragte sie, ob das Konsolidierungskonzept Einrichtungen, Vereine gefährdet. Wenn es so ist, bitte sie, das dem Bürger auch klar zu sagen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, und Herr Hartmann, SPD-Fraktion, kamen auf die Anmerkung zum Konsolidierungskonzept, Seite 23, zurück und fragten nach, ob diese Richtigstellung vorgenommen wird. Dies wurde von **Frau Beigeordnete Nußbeck** nochmals zugesagt. Herr OB Koschig gab den Hinweis, dass keine Abstimmung darüber erforderlich ist, da der Einreicher dies von sich aus korrigiert.

Zur **Geschäftsordnung** meldete sich **Herr Schönemann** und wies darauf hin, dass Herr Hartmann als Beschäftigter in der Stiftung in Befangenheit agiert. Seine Anmerkungen zur Stiftung seien daher aus dem Protokoll zu streichen.

Nach nochmaliger Frage von **Frau Lohde**, ob die Haushaltskonsolidierungsvorschläge dazu führen, dass Einrichtungen, Vereine etc. in ihrer Existenz gefährdet werden, entgegnete **Herr OB Koschig**, aktuell sei keine Einrichtung von einer Schließung bedroht, man rede aber schon im Sinne der weiteren Konsolidierung über Einrichtungen. Zum Beispiel seien noch Prüfaufträge enthalten, wie Schwimmbäder.

Auf die Gemäldegalerie eingehend, informierte **Herr Koschig**, er habe einen Brief des Fördervereins erhalten, welcher nun in die Verwaltung und in die Verhandlungen geht. Als Eingangsbescheid habe er aber geschrieben, dass genau daran nicht gedacht ist.

Abschließend sprach sich **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion**, ebenfalls gegen den Antrag von Frau Storz aus und erinnerte an die fehlende Beantwortung seines Hinweises be-

züglich des Zuschusses für den Sport- und Traditionsverein in Meinsdorf. Durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, wurde auf die bereits erfolgte Antwort durch den OB verwiesen.

Nach Abschluss der Rednerliste brachte **Herr Dr. Exner** die Beschlussvorlagen zu 7.4 und 7.5 mit den jeweiligen Änderungsanträgen zur Abstimmung.

TOP 7.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2010 und Folgejahre

Änderungsantrag von Frau Storz

Abstimmungsergebnis: 01:44:01 abgelehnt

Abstimmung zur Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis: 30:11:05 mehrheitlich beschlossen.

TOP 7.5 Haushaltssatzung 2010

Änderungsantrag Fraktion Bürgerliste/Die Grünen

Abstimmungsergebnis: 05:34:07 abgelehnt

Abstimmung zur Beschlussvorlage:

Abstimmungsergebnis: 44:00:02 mehrheitlich beschlossen.

Zur Fortsetzung der Sitzung des Stadtrates nach der Pause übernahm Herr Hoffmann, stellv. Stadtratsvorsitzender, die Tagungsleitung.

8. Beschlussfassungen

8.1 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes

Städtisches Klinikum Dessau

Vorlage: DR/BV/333/2010/I-SKD

Der Jahresabschluss wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.2 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Städtisches

Klinikum Dessau für das Jahr 2009

Vorlage: DR/BV/357/2010/I-OB

Anlässlich der eben gefassten Beschlüsse sprach **Oberbürgermeister Koschig** allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Städtischen Klinikums Dessau seinen Dank und die Anerkennung für ihre geleistete Arbeit aus.

Der Stadtrat stimmte der Entlastung der Betriebsleitung des Städtischen Klinikums einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.3 Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes zur überörtlichen Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit den Schwerpunkten "Konsolidierung des Haushaltes" und "Kostenrechnende Einrichtungen"

Vorlage: DR/BV/391/2010/II-20

Die Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.4 Kalkulation der Abfallgebühren für den Zeitraum 2011 - 2013
Vorlage: DR/BV/371/2010/II-EB

Die Kalkulation der Abfallgebühren wurde mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

8.5 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dessau-Roßlau (Abfallgebührensatzung), Neufassung der Entgeltordnung für die Abfallentsorgung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/372/2010/II-EB

Die Neufassung der Abfallgebührensatzung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.6 Schulentwicklungsplanung (SEPI) der Stadt Dessau-Roßlau für den Planungszeitraum 2009/2010 bis 2013/2014, Teil Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2010/2011 bis 2013/2014
Vorlage: DR/BV/339/2010/V-40

In seiner Einführung erläuterte **Herr Wolfram, Leiter des Schulverwaltungsamtes**, das vorliegende Dokument. Es stelle in der Chronologie die Fortsetzung dessen dar, was für die Allgemeinbildenden Schulen bereits beschlossen wurde. Es liegen gleiche Planungsgrundsätze zugrunde. Abstimmungen dazu gab es mit dem Landesverwaltungsamt. Der Plan ist wie vorliegend genehmigungsfähig. Es gibt dazu den Verbund der beruflichen Bildung, die Aneinanderreihung und das Zusammenwirken der Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg und des Salzlandkreises für Bernburg. Hier gibt es Konsens in den Berufsfeldern und Schulformen wie sie bestehen. Es gab in diesem Zusammenhang die Abstimmung mit der Agentur, der IHK und der Kreishandwerkerschaft und den wichtigsten freien Trägern neben den Eltern und dem Schülerstatus mit dem Ergebnis der Zustimmung.

Für die nächsten drei Jahre ist der Weg beschrieben. Die BBS III, jetzt Außenstelle der BBS II in der Chaponstraße wird zum Ende des Schuljahres geschlossen. Mit den Winterferien beginnen wir die Integration in das Berufsschulzentrum. Für die nächsten Jahre ist die Schülerzahl trotz rückläufiger Tendenz so stabil, dass wir beide Schulen vorhalten können. Langfristig könne überlegt werden, an diesem Schulstandort eine Schule, nämlich das Anhaltische Berufsschulzentrum vorzuhalten. Es könne noch mindestens für 4 Jahre gesichert werden, dass eine Teilschule immer 600 Vollzeitschüler hat (1200 hat die BBS I und ca. 675 die BBS II).

Einen Dissens in der Region gibt es, das hängt mit der Gebietsreform zusammen, zum Beispiel in den Ausbildungsberufen Koch, Hotelfachangestellte und Restaurant. Es bedarf immer einer bestimmten Schülerzahl, um auszubilden, das Minimum von 15 bspw. und es ist schwer, ohne den Wörlitzer Winkel bei uns zu haben, diese Klassen bilden zu können. Bei Köchen ist im Augenblick eine Stabilität absehbar, aber bei Hotel und Restaurant nicht. Die übrigen zwei Kreise wollen natürlich ebenfalls Klassen bilden.

Heute haben wir die Situation im Austausch. Die für Dezember vorgesehene Beschlussfassung im Stadtrat zur Korrektur der Kooperationsvereinbarung für Teilzeit und Vollzeit ist auf den Weg gebracht und wird vorsehen, dass wir intensiver kooperieren, ohne eines der Fächer aufzugeben. Herr Wolfram könne sich aber gut vorstellen, im nächsten Schuljahr die Ausbildung für Hotel oder Restaurant dann in Wittenberg vorzuhalten und in Dessau-Roßlau weiter die Ausbildung für Köche.

Es gibt eine gute Entwicklung im Zusammenhang mit der Kreishandwerkerschaft in der Frage Kfz, Vierradfahrzeuge, Pkw. Hier ist es dem Innungsmeister Bebbler gelungen, 15 bis 16 Auszubildende so zu motivieren, dass sie dieses Berufsfeld wählen und wir dann auch wieder die Genehmigung für Dessau bekommen.

Herr Wolfram schätzte ein, dass wir gut aufgestellt sind, weil wir uns mit den richtigen Partnern verbündet und eigentlich im Oberzentrum die bestimmende Rolle haben. Trotz der großen Unterschiede in der Bevölkerungszahl, wir haben immer noch die meisten Schülerinnen und Schüler in den meisten Klassen, stimme ihn das nicht nur zufrieden, sondern er appelliere daran, an dieser Stelle weiter zu machen, um es mindestens in der Balance zu halten.

Auf die Frage von **Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob schon eine Planung für den Standort Chaponstraße vorliegt und was aus dem Gebäude wird, erwiderte **Herr Wolfram**, zum Ende des Schuljahres - 30.07. - wird das Gebäude geschlossen und schrittweise beräumt. Damit wird die gesamte Liegenschaft frei und es gibt einen Antrag eines Schulträgers, hier etwas zu etablieren. In den nächsten Tagen wird in der Verwaltung und in der Verwaltungsspitze darüber gesprochen und dann im zuständigen Fachausschuss informiert. Aus jetziger Sicht der Stadt Dessau-Roßlau ist keine direkte Nachnutzung vorgesehen.

Es ist ihm bekannt, dass es weitere Interessenten gibt, merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an und fragte, ob man im Gespräch sei. Darauf entgegnete **Herr Wolfram**, sicher bleibe man im Gespräch für viele zu lösende Dinge. Ihm seien Anträge mündlich bekannt, er habe die Antragsteller gebeten, ihm in den nächsten Tagen etwas zukommen zu lassen, damit gemeinsam überlegt und auch das Dezernat VI und das entsprechende Amt beteiligt werden kann.

Der Beschluss zur Schulentwicklungsplanung wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

8.7 Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 200 "An der Birkenallee" Vorlage: DR/BV/237/2010/VI-61

Der Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des B-Planes Nr. 200 wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

**8.8 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 101
"Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet B1
Vorlage: DR/BV/346/2010/VI-61**

Für **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erhob sich die Frage nach den Kosten. Der Finanzierungsbedarf werde derzeit mit 65.000 € für das Gutachten eingeschätzt, weitere Entwicklungsgelder würden fällig und evtl. erhält man auch Fördergelder dafür. Damit habe er ein Problem, da zu viele ungenutzte Industriebrachen vorhanden sind. Er bezweifle den Sinn, hier eine neue Industriebrache aufzumachen.

Durch den Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Herrn Hantusch, wurde **Frau Guth, Amtsleiterin Wirtschaftsförderung**, Tourismus und Marketing, für die Beantwortung benannt. Sie erhielt durch das Präsidium des Stadtrates das Wort.

Die Maßnahme zur Revitalisierung dieses Geländes läuft bereits, erklärte Frau Guth. Die Aufstellung des B-Planes ist notwendig, um die Baureife im nächsten Jahr zu erhalten und mit Fertigstellung der Maßnahme die Gebiete, die mit städtischen und mit Fördermitteln revitalisiert wurden, auch tatsächlich nutzen zu können. Im Moment habe man aber noch kein Baurecht. Dieses habe man erst mit dem Aufstellungsbeschluss. Die Maßnahme selbst wurde bereits durch den Stadtrat beschlossen. Es gibt schon die ersten Nutzer.

Der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan Nr. 101 wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 41:01:00

**8.9 Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau-Roßlau - Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses
Vorlage: DR/BV/412/2010/VI-65**

Das Vorgelegte überzeuge ihn trotz des geringfügigen Kostenaufwuchses noch nicht, legte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, dar. Er bleibt bei seiner bisherigen Meinung und weiß, dass er sich dabei in der Minderheit befindet. Mit der derzeitigen Situation hätte man durchaus ein geschichtliches Monument, was auf die Entwicklung des gesamten Standortes bisher in ausreichender Form hingewiesen hat. Er ist ein erklärter Gegner dieses Neubaus und werde auch heute dagegen stimmen.

Seine Dankbarkeit, dass die Entwicklung hier ein so glückliches Ende gefunden hat, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Er sei ebenfalls dankbar, dass im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt das einheitliche Votum für das Projekt steht. Dies sei ein deutliches Zeichen auf eine Stadt mit dem Namen „Bauhausstadt“. Wir gestalten gemäß den Anforderungen, die wir uns selbst gestellt haben, dieses Konzept inhaltlich würdig aus. Aus diesem Grunde votiere er dafür, diesen Beschluss deutlich mehrheitlich zu fassen.

Auf Nachfrage von **Herrn Maloszyk** teilte **Herr Hoffmann**, stellv. Stadtratsvorsitzender, das Abstimmungsergebnis des Bauausschusses (9:0:0) mit.

Die Vorlage wurde mehrheitlich zum Beschluss erhoben.

Abstimmungsergebnis: 41:01:00

8.10 Besucher- und Ausstellungszentrum am Bauhaus Vorlage: DR/BV/414/2010/VI-80

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, führte mit den Worten ein, heute entscheide der Stadtrat über die Zukunft von Dessau-Roßlau in verschiedener Hinsicht. Zunächst ist es ein Beschluss zum Bau eines Besucher- und Ausstellungszentrums, dann aber auch zu einer Positionierung der Stadt Dessau-Roßlau, was bedeutet das Bauhaus in dieser Stadt, wie positioniert sich die Stadt in der nächsten Dekade bis zu 100 Jahre Bauhaus, was unternimmt sie, um im Konkurrenzkampf mit Weimar und Berlin mithalten zu können.

Mit dem heutigen Beschluss werde auch ein Zeichen nach außen gesetzt. Was hier vorgeschlagen wird, hat schon überregionale Presse gefunden, man schaut auf Dessau-Roßlau und wartet ab, wie heute abgestimmt wird.

Vor über einem Jahr habe er sich mit Herrn Markworth und Philipp Oswalt an den Sieben Säulen getroffen. Vorausgegangen war, dass Herr Hantusch bei einer Begehung des Bereiches vom Bauhaus über die Gropiusallee bis zu den Meisterhäusern und den Sieben Säulen klar geworden ist, dass Dessau-Roßlau über eine Kulturachse verfügt, wonach sich andere Städte sehnen. Diese Kulturachse hat eine einmalige Qualität, insbesondere, wenn man die Fortsetzung in das zweite Kulturerbe sieht, den Georgengarten, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Die Achse ist da, wo sie nun einmal ist und sie muss qualifiziert werden. Deshalb habe er sich mit den beiden Personen getroffen und im Verlauf des Gespräches wurde erstmals ein Ausstellungszentrum für das Bauhaus kreiert. In den nachfolgenden Wochen und Monaten habe man sehr intensiv mit Ministerien, dem Bauministerium, Kultusministerium, Wirtschaftsministerium und Landesverwaltungsamt, mit Ministern gesprochen und sukzessive dieses Projekt qualifiziert - aus dem Ausstellungszentrum wurde ein Besucher- und Ausstellungszentrum allein auch aus förderrechtlichen Gründen. In der Folge wurde deutlich, dass eine Machbarkeitsstudie erforderlich ist.

Die Fragestellung war, wie soll unter welchen flächentechnischen Bedingungen das Besucher- und Ausstellungszentrum aussehen, welche förderrechtlichen Bedingungen gibt es, welcher Flächenbedarf besteht, wie sehen die Anteile der Besucher beim Besucher- und beim Ausstellungszentrum aus. Es wurden 7 Grundstücke evaluiert. Am Ende des Prozesses wurde eine Anmerkung aufgegriffen, dass es ein Zentrenkonzept gibt, worin steht, dass der Schlossplatz qualifiziert werden soll. Auch wenn es die feste Überzeugung von Herrn Hantusch sei, dass die Bauhausnähe gewahrt werden muss, habe er gesagt, wenn der Wille anders lautet, muss ein Standortvergleich von einem renommierten Fachmann im Bereich Tourismus gemacht werden. Man habe sich an das DWIF in Berlin gewandt, Prof. Feige, und habe ihn gebeten, eine Kurzstudie anzustellen. Das Ergebnis war:

- Wichtig ist die Konzentration auf ein kommunizierbares Thema.
- Die Wichtigkeit des Bauhauses ist höher als der UNESCO-Status; weil wir ein weltweites Alleinstellungsmerkmal mit Weimar und Berlin haben.
- Wir haben ein klares inhaltliches Konzept, das auf das Bauhaus ausgerichtet ist,
- weil es so ist, muss es aus touristischer Sicht in Bauhausnähe sein.
- Klare Präferenz für den Standort Sieben Säulen.

Dieses Ergebnis ist im Kausalzusammenhang nachvollziehbar, weshalb Herr Hantusch davor warne, etwas, was zusammengehört, auseinander zu reißen.

Zusammenfassend stellte Herr Hantusch fest, es gibt eine städtische Fläche mit den Sieben Säulen, auf die zugegriffen werden kann, wir haben ein inhaltlich überzeugendes Konzept, einen Betreiber und wir haben ein Team, das mit dieser Vorlage bewiesen hat, dass es die Angelegenheit in Angriff nimmt.

Herr Hantusch merkte abschließend an, Magdeburg habe sich in den vergangenen 15 Jahren zu sehr daran gewöhnt, Wittenberg, Halle, Magdeburg zu finanzieren. Dessau-Roßlau habe jetzt einmalig die Chance zu sagen, wir sind auch noch da und haben ein sehr gutes Projekt, bedienen die Bauhaus-Dekade und auch den Ruf Sachsen-Anhalts nach außen, weltweit. Insofern bat Herr Hantusch, nach eingehender Diskussion am Ende einen deutlichen Beschluss zu fassen. Damit muss deutlich gemacht werden, die Stadt Dessau-Roßlau weiß was sie tut und steht zusammen bei wichtigen Projekten. Das ist ein Signal, womit entsprechend aufgewartet werden kann.

Zum Antrag, **Professor Oswald das Rederecht** zu erteilen, bestand kein Widerspruch. Professor Oswald dankte für das Rederecht und die Zusammenarbeit in den zurückliegenden 1 ½ Jahren. Das heute zur Diskussion stehende, ist ein Projekt, dass weder alle Fragen der Stiftung noch der Stadt beantwortet. Es ist ein sehr wichtiges Projekt für die Stiftung, was aber in einem größeren Zusammenhang steht. Prof. Oswald hatte es im Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Er betonte, keine anderen Interessen bei dem Projekt zu haben, als gemeinsam mit der Stadt etwas zu machen, was funktioniert. Wie Herr Hantusch bereits sagte, könne dies auch nur gemeinsam verwirklicht werden. Die Stiftung steht als Betreiber bereit und arbeitet mit der Stadt, die Bauherr ist, zusammen, um die Finanzierung zu sichern.

Die Frage ist, warum ist so etwas erforderlich. Prof. Oswald legte die Besucherzahlen dar: Beim Bauhaus sind es im Jahr etwas über 100 000 Besucher mit steigender Tendenz, das Lutherhaus in Wittenberg habe z. B. 85.000 Besucher. Es gibt die Frage, wie positioniert sich die Stadt in der Konkurrenz zu Weimar und Berlin. Für ihn sei die zentrale Heimstadt für das Bauhaus Dessau. Hier war das Bauhaus am produktivsten, hat am stärksten in die Gesellschaft hineingewirkt, hier stehen die Bauhausbauten. Die Menschen in Weimar und Berlin sind nicht untätig. Das sei für uns auch kein Problem, solange wir uns auch dem widmen, das habe sehr klar das Zentrenkonzept vom April letzten Jahres benannt. Das Besucher- und Ausstellungszentrum wird benötigt, um diesem Erbe, was das wichtigste kulturelle Erbe Deutschlands aus dem 20. Jahrhundert ist, eine Heimstatt zu geben und die Stadt mit diesem Erbe zu identifizieren.

Um auch den Besuchern zeigen zu können, was sie erwartet, braucht es den touristischen Service, den wir momentan nicht bieten können. Auch große Ausstellungen können stattfinden. Ein solches Bauvorhaben ist auch eine Aktualisierung des Bauhauserbes, weil die Architektur auch selbst einen großen Wert darstellt bei einem solchen Projekt. Die Ziele dabei sind, einerseits hinsichtlich touristisch und tourismuswirtschaftlich die Anzahl der Besucher zu erhöhen, aber auch die Dauer zu erhöhen. Die Qualität dessen, was man den Besuchern im Bauhaus bietet, muss verbessert werden. Da ist dieses Vorhaben nicht das einzige, aber ein ganz zentraler Baustein.

Darüber hinaus ist eine kulturelle Zielsetzung, das Thema zur Profilierung der Stadt, zur Identitäts- und Imagebildung zu nutzen. Wenn man heute zum Bauhaus kommt, werde wenig mitgeteilt über das Bauhaus, was es für Bauhausbauten gibt, was es für Orte der Moderne gibt, auch mit Junkers und Weill und darüber hinaus. Das werde nicht vermittelt und der Besucher erfahre davon zufällig. Dieser Zustand müsse geändert werden. Die Stadt ist sehr reich, hat ein reiches Erbe der Aufklärung und Moderne, was den Besuchern nahe gebracht werden müsse.

Es gibt aber auch praktische Probleme. Erhebliche Besucherströme können gar nicht sinnvoll bedient werden. Man habe im Sommer mehrere Besuchergruppen vor dem Haus, die durch das Haus gehen wollen. Ein logistisches Problem ist, dass die Leute die Fahrräder gegen das Haus lehnen, ihre Taschen im Club abstellen. Das beschädigt das Gebäude und ist kein Standard zur Betreuung von Besuchern.

Der Stadtrat hat im Rahmen der Reparatur des Meisterhausensembles vor drei Jahren beschlossen, im Meisterhaus Gropius diesen touristischen Service vorzusehen. Das war Teil des Programms, auch über das Bauhaus hinausgehend mit dem Verweis auf Wörlitz und das Biosphärenreservat. Das Problem dabei war, dass sich niemand überlegt hat, wie viel Platz man dafür braucht. Bei den bestehenden Besucherzahlen brauche man für diesen Programmbaustein 500 m², was in das Haus Gropius nicht passe. Deshalb habe man im letzten Jahr im Rahmen des UNESCO-Förderprogramms einen Antrag gestellt, diesen Baustein anderweitig zu finanzieren, wofür man eine Bewilligung bekommen habe.

Neben dem wichtigen touristischen Service muss man die Möglichkeit haben, Objekte aus der Sammlung zeigen zu können. Es sei die absurde Situation, dass wir in New York, Tokio und Berlin mit großem Erfolg ausstellen, hunderttausende Besucher bei diesen Ausstellungen haben, aber der Besucher, der nach Dessau kommt, kann es nicht sehen, weil es gesichert in der Brauerei gelagert ist. Dieser Zustand müsse geändert werden. Um es zugänglich zu machen, brauche man Flächen, die einen musealen Standard haben. Man könne das nicht in den Bestandsgebäuden, weil man da Denkmalschutzauflagen unterliege und es nicht möglich ist, museale Bedingungen insbesondere im Bauhausgebäude, aber auch in den Meisterhäusern herzustellen. Neben dem Gutachten, das die Stadt beauftragt hat, haben wir auch eine Analyse bestehender Besucherzentren beauftragt. Es ist grundsätzlich der Fall, dass ein Besucherzentrum immer fußläufig von den eigentlichen touristischen Attraktionen erreichbar sein muss. Aus diesem Kriterium heraus gab es eine Untersuchung von verschiedenen Standortoptionen, die letztlich zu dem vorgeschlagenen Standort geführt haben, der auch diese Möglichkeiten bietet, für das Georgium, einschließlich der Gemäldegalerie.

Professor Oswald verwies abschließend auf Ausstellungen z. B. in Tokio. Manche wurden mit anderen Bauhausinstitutionen, die in Japan allein mit unseren Beständen gemacht. Beispiele aus der Sammlung sind, Arbeiten zur Architektur, Arbeiten aus dem Bereich der Bildenden Künste, Arbeiten aus der Fotografie, Arbeiten aus Grafik und Topografie und Arbeiten aus dem Bereich Design. Er würde sich freuen, wenn man Unterstützung finden könne und den Weg gemeinsam weitergehe. Es gebe auch eine zeitliche Dimension, dass es für bestimmte Förderprogramme zeitlich eng wird und man die Landtagswahl im nächsten Frühjahr nutzen müsse, um dieses Projekt ermöglichen zu können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bedankte sich für die gute Zusammenarbeit, die aus seiner Sicht beispielgebend ist. Es sei nach der Entscheidung von Grothe und Hesse in den 20er Jahren ein historischer Moment, dass an gleicher Stelle in dieser Stadt ein Projekt auf den Weg gebracht wird, was genau dieses Erbe würdig aufnimmt. Insofern könne man den heutigen Tag und unsere Entscheidung als historisch bezeichnen. Er finde es eine gute Tradition, dass Professor Oswald den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt begleitet, dass wir im Zuge der Meisterhausreparatur zu machbaren Schritten gefunden haben und wir mit diesem neuen Projekt die weiteren Schritte bestimmen, für das, was aus dem Gesamtprojekt Bauhausstadt einmal werden könnte. Insofern könne er nur wiederholen, man folge mit diesem Objekt und dessen Realisierung genau an dieser Stelle dem größten Wunsch der Besucher dieser Stadt, dass das Bauhouserbe würdig und sicher präsentiert wird. Man habe hiermit erstmalig die Chance dafür. Die Ausstellungen in New York und auch in Berlin im Gropiushaus haben in eindrucksvoller Weise bewiesen, dass wir im Wettbewerb mit Berlin und Weimar allein an der Tatsache gemessen werden, dass die Hauptschaffensperiode des Bauhauses in Dessau stattgefunden hat. Sich heute in dieser Richtung der Vorlage zu nähern und einen deutlichen Beschluss für das Besucher- und Ausstellungszentrum zu fassen, sei der einzig gangbare Weg, aus diesem ewigen Dilemma des nicht gewusst wohin herauszufinden. Der **Fraktion Die Linke** ist das Votum für diesen Beschluss eine Einstimmigkeit wert, erklärte Herr Schönemann.

Frau Lohde, CDU, bemerkte, sie sei froh in einer Demokratie zu leben, in der die Einstimmigkeit nicht festgelegt werden kann. Ansonsten stimme sie dafür und danke den Aktionären für ihr Vorgehen. Herr Professor Oswald ist in diese Stadt gekommen und engagiere sich für die Stadt, was er eigentlich nicht tun müsste. Sie fragte nach, da es aus der Vorlage nicht hervorgehe, wer eigentlich diese Maßnahme realisiert, wer der Bauherr ist.

Die Förderung stehe nicht, aber wie es aussieht, gehe man in Richtung GA, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Wenn man in Richtung GA gehe, werde die Stadt Bauherr sein und die Maßnahme beantragen und demnach auch führen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Um es abstimmungsfähig zu machen, schlug **Herr Hoffmann, stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, vor, als einen **Punkt 7** auf dieser heute ausgereichten geänderten Vorlage den Satz anzufügen:

„Der Stadtrat stellt fest, dass mit dieser Beschlussvorlage keine abschließende Entscheidung für den Standort „Sieben Säulen“ gefällt wird und dass die Betreuung des Besucherzentrums nicht aus Haushaltsmitteln der Stadt Dessau-Roßlau finanziert wird.“

Der Antrag wurde mehrheitlich bei 2 Für-Stimmen und 5 Enthaltungen **abgelehnt**.

In der Folge wurde die Abstimmung zur Vorlage in der in den Ausschüssen für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus beschlossenen und heute ausgereichten geänderten Fassung durchgeführt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:06

8.11 Umgang mit Neueinstellungen

Vorlage: DR/BV/336/2010/PDR/D

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, dieser Vorschlag sei in der Praxis so nicht durchführbar. Als betroffenes Mitglied des Haupt- und Personalausschusses wehre er sich dagegen, über die genannten Erfordernisse informiert und möglicherweise auch noch abstimmen zu müssen.

Herr Mau schloss sich im Namen der **CDU-Fraktion** den Ausführungen des Vorredners an. Da es sich um eine hoheitliche Aufgabe der Verwaltung handelt, habe man Zweifel, rechtlich Einfluss nehmen zu können.

Für die **Fraktion der FDP** sprach sich **Herr Dr. Neubert** in gleicher Weise aus. Es werde ein Verfahren beschrieben, was ohnehin selbstverständlich ist und insoweit keiner Beschlussfassung bedarf. Soweit es über die derzeitig geübte Verfahrensweise hinaus geht, nämlich Dinge an sich zu ziehen durch den Hauptausschuss, ist es nicht nur eine ungebührliche Ausweitung der Aufgaben des Ausschusses, die zu leisten er nicht in der Lage wäre, sondern zugleich das versteckte Misstrauensvotum, das Personen äußern gegenüber der Verwaltung, die gewissenhaft arbeitet, weil sie meinen, es besser machen zu können als diese und damit gleichzeitig Personen, die nach bestem Wissen und Gewissen ihre Aufgaben erfüllen, zu diffamieren scheint. Dieses Vorgehen werde auf keinen Fall mitgetragen, weshalb man gegen den Beschluss stimmen werde.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erinnerte an den Punkt 1 der Haushaltskonsolidierung, welcher immer noch lautet, keine Neueinstellungen vorzunehmen. Bis zum heutigen Tag habe man sich in der vorläufigen Haushaltsführung befunden. Aus diesem Grund hätte der Oberbürgermeister zumindest den Haupt- und Personalausschuss über Neueinstellungen informieren müssen, denn er könne ohne die Ausschüsse nicht handeln.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, er verstehe diese Aufregung nicht. Definitiv sei diese Vorlage ein gemeinschaftliches Vorgehen auf der Grundlage des Konsolidierungskonzeptes dieser Stadt ist. Die Verwaltung hat in Kooperation mit den einreichenden Fraktionen erstmalig einen gemeinsamen Beschluss in diese Richtung favorisiert. Wenn die Verwaltung so konterkariert wird, wie beschrieben, hätte sie diesen Beschluss nicht begleitet.

Erwidernd legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar, man sei als Verwaltung der verlängerte Arm des Stadtrates. Seine Aufgabe sei es nicht, Initiativen aus dem Stadtrat zu konterkarieren, sondern die Zusammenarbeit zu suchen. Diese habe man angeboten und wahrgenommen. Das Ergebnis liege nunmehr auf dem Tisch, was aber nicht heiße, dass es eine politische Mehrheit im Rat finden soll. Er schließe sich den Ausführungen von Herrn Dr. Neubert an, dass es ein Eingriff in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters ist. Erwidernd auf die Einstellungen führte er weiter aus, dass gleiche gelte auch für jede Geldausgabe, die nicht durch Verträge ohnehin gebunden ist. Es müsse grundsätzlich die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit belegt werden. Hier gehe auch mancher Antrag zurück und müsse neu belegt werden, weil uns zum Schluss der Landesrechnungshof auf die Füße tritt. Recht und Gesetz werde auch eingehalten. Man müsse auch in der satzungslosen Zeit bestimmte Dinge gewährleisten. Die Neueinstellungen mache man sich nicht leicht. Hier habe man außerdem einen sehr aufmerksa-

men Personalrat an der Seite, mit dem man in der einen oder anderen Sache im Clinch ist, weil er nicht einsehen will, dass man keinen Statiker durch Qualifizierung im eigenen Hause gewinnen kann, sondern es eine externe Einstellung sein muss. Sollte es eine politische Mehrheit für diese Beschlussvorlage geben, werde man das Vereinbarte in aller Konsequenz mit den Stadträten üben.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, verwies auf das Personalvertretungsgesetz und den bestehenden Personalrat. Als politisches Gremium habe man bestimmte Verantwortungen zu tragen. Er wolle aber nicht die Verantwortung der Verwaltung völlig übernehmen, da die Zeit fehle. Deshalb werde die Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Die Vorlage kam zur Abstimmung mit dem Ergebnis von 14:23:01 Stimmen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmung. Im Ergebnis dieser wurde die

Vorlage **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 14:26:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 16.12.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin